



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 26 August/5 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs-mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betrefts weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Was wirklich im Volk und bei den einzelnen Erdenmenschen im Negativen, Ungerechten, Unguten und an Not und Elend geschieht, das kümmert und berührt die Staatsführenden nicht, denn sie achten nur auf ihr eigenes Wohl, ihre Sicherheit und Entlohnung, und sie schauspielern ihre falsche sowie erlogene Anteilnahme, ein gekünsteltes Mitgefühl, Mitleid und machen auch fiktive Trauer vor, doch effectiv kümmert sie in Wahrheit alles Böse nicht.

Florena, 22. August 2022

Made in USA: Der bevorstehende Zusammenbruch der Europäischen Union

uncut-news.ch, August 19, 2022

Der Krieg in der Ukraine wird zum Todesurteil für die EU, da ihre Führung, die gemeinsam mit den wichtigsten europäischen Regierungsparteien die Anweisungen der USA zur Konfrontation mit Russland akzeptiert hat, alles auf eine militärische Niederlage Russlands in der Ukraine und einen politisch-wirtschaftlichen Zusammenbruch, der zu einem Regimewechsel im Kreml führt, gesetzt hat. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben in gefährlicher Weise und in zunehmendem Masse das Schicksal des europäischen Integrationsprojekts mit ihrem Glauben an einen Sieg der Ukraine und eine Niederlage Russlands verknüpft.



Da dies unwahrscheinlich ist und sich im kommenden Winter aufgrund der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den steigenden Energiekosten, der Lebensmittelknappheit und dem allgemeinen wirtschaftlichen Unwohlsein eine schwere Krise entwickelt, wird es zu schwerwiegenden politischen Veränderungen in der EU und bei der politischen Führung Europas kommen. Im besten Fall wird die EU den Schwung für eine weitere politische Integration verlieren und sich in Lähmung und institutionellem Marasmus verstricken. Im schlimmsten Fall wird die wachsende Unzufriedenheit zu radikalen politischen Veränderungen führen und Politiker an die Macht bringen, die andere Ansichten über die Nützlichkeit und Relevanz der EU haben.

Der von den USA geführte Wirtschaftskrieg gegen Russland als Reaktion auf die Militäroperation in der Ukraine hat die tiefen strukturellen Mängel der Architektur der Europäischen Union (EU) offengelegt und verschlimmert. Fairerweise muss man sagen, dass sich diese Risse schon vorher gezeigt haben, zum Beispiel während der Griechenlandkrise ab 2009, dem Brexit-Prozess seit 2016 und den wachsenden Streitigkeiten Polens und Ungarns mit der EU-Verwaltung. Die Wurzel der EU-Probleme ist eine Governance-Struktur, die von nicht gewählten Beamten geleitet wird und die sich über Jahrzehnte nicht nur ausgeweitet, sondern auch ihre eigene Überlebenslogik entwickelt hat, und zwar auf Kosten der Brot-und-Butter-Themen, die für den Durchschnittseuropäer wichtig sind. Die EU hat sich von einem Wirtschaftsbündnis in einen sich selbst erhaltenden politischen Moloch verwandelt, der von Ideologie und bürokratischer Trägheit angetrieben wird, und hat dabei den Bezug zur Realität verloren. Die Situation hat sich durch die anhaltende Inkompetenz der derzeitigen EU-Chefs, der Kommissionspräsidentin von der Leyen und des EU-Aussenbeauftragten Borrell, noch verschlimmert, wie die Kehrtwende der ersten in Bezug auf russische Energielieferungen und die pauschale Ablehnung der Diplomatie zur Beendigung des Ukraine-Krieges durch letzteren zeigen.

Ursprünglich war das europäische Integrationsprojekt eine von den USA geleitete Initiative, die in den späten 1940er Jahren heimlich von der CIA finanziert wurde, um Europa zu einem Auffangbecken für die Produktion der multinationalen US-Konzerne zu machen. Als sich die industrielle Leistungsfähigkeit Europas erholt und die USA in der Folge ihren Einfluss auf die Produktion durch Outsourcing nach China verloren (das auch Europas wichtigster Handelspartner wurde), verlor der ursprüngliche Grundgedanke der EU für die USA an Bedeutung und Relevanz für die indo-pazifische Region. Für die USA ist die EU heute nur noch ein geopolitisches Instrument, das ihnen für ihre eigenen Zwecke zur Verfügung steht.

Die Ukraine-Krise hat innerhalb der EU tiefe Fliehkräfte zum Vorschein gebracht und neue geschaffen. Während der Griechenlandkrise führte das Deutschland von Bundeskanzlerin Merkel eine Politik der regionalen Finanzdisziplin und Sparsamkeit mit Eifer – und manche würden sagen Arroganz – an, die eine Zeitbombe entschärfte, aber in Südeuropa dauerhafte Ressentiments hervorrief.

Polen, eine Nation mit starken geopolitischen Ambitionen, die über Jahrhunderte hinweg vereitelt wurden, ist nun die wichtigste destabilisierende Kraft, zunächst durch seinen Konflikt mit der EU über den Vorrang der sogenannten europäischen Rechtsstaatlichkeit vor der nationalen Souveränität und heutzutage durch die Offenlegung seiner alten Rivalitäten mit Deutschland – die beispielsweise die Frage der Reparationen aus dem Zweiten Weltkrieg wieder auflieben lässt – und durch die Äusserung von Befürchtungen über ein mögliches deutsch-französisches Entgegenkommen für eine diplomatische Lösung in der Ukraine.

Das Vereinigte Königreich, das auf der Suche nach einem Schicksal nach dem Brexit ist und sich von seinen früheren EU-Fesseln gelöst hat, zeigt einmal mehr seine alten und tief verwurzelten angelsächsischen und proatlantischen Instinkte, indem es zur Speerspitze der G7-Russland-Konfrontation wird und in diesem Prozess mit geopolitischen Alternativarrangements für Europa wie einer Achse USA-Britannien-Polen-Baltikum liebäugelt. Deutschland seinerseits wird bald existenzielle Entscheidungen über die künftige Energieversorgung treffen und sich überlegen müssen, ob es alle bedeutenden Wirtschaftsbeziehungen zu Russland einstellen will.

In Ungarn hat Ministerpräsident Orban das tiefe historische Identitätsgefühl seiner Bevölkerung im Herzen Mitteleuropas geschickt gemeistert und ist zur führenden Gegenstimme geworden, die eine Kehrtwende bei den antirussischen Sanktionen und eine Verhandlungslösung für die Ukraine-Krise vorschlägt – ein kühner und mutiger Vorschlag, der das EU-Establishment verunsichert hat.

Litauen schliesslich, das seinen langjährigen Weg der Provokation gegen Russland fortsetzt, eröffnete vor kurzem eine neue Frontlinie, indem es den Warentransit von Russland nach Kaliningrad blockierte – eine rücksichtslose Aktion, die gegen internationale Vereinbarungen und eindeutig gegen die EU-Sanktionen verstösst.

In den letzten Jahren haben sich die Streitpunkte in der EU ausgeweitet und vertieft, darunter Steuerpolitik, Finanzdisziplin, Einwanderung, Menschenrechte, Regierungsführung und Energie. Die jüngsten EU-Reformversuche zur Stärkung des Entscheidungsprozesses auf Kosten der nationalen Rechtsprechung, einschliesslich einer Initiative zur Abschaffung der Einstimmigkeitsregel, sind ein verzweifelter Versuch in letzter Minute, das Bündnis zu retten, werden aber wahrscheinlich zu mehr Opposition und Widerstand führen, insbesondere in Österreich, Ungarn und Polen.

Ungeachtet des aktuellen EU-Debakels ist die europäische Einigung unumkehrbar, wenn wir an den Untergang des Weströmischen Reiches und den seither ausgelösten Prozess der Nationenbildung denken. Leider wurde das zweihundertjährige europäische Projekt hauptsächlich durch Konflikte und Kriege und weniger durch Bürokratie vorangetrieben. Europas eigennützige Politiker haben nicht aus der Geschichte gelernt, und ihr unverzeihlicher Fehler ist ihre Unfähigkeit, einen unabhängigen Weg für den Kontinent abseits in die Hände von Nichteuropäern zu legen.

QUELLE: MADE IN USA: THE COMING COLLAPSE OF THE EUROPEAN UNION

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/made-in-usa-der-bevorstehende-zusammenbruch-der-europaeischen-union/>

Russische Armee dringt kampflos in ukrainische Städte ein: «Ich bin froh, die Kriminellen los zu sein.»

Sonja van den Ende auf einer Reise durch die Ostukraine (VK/Sonja van den Ende)
uncut-news.ch, August 17, 2022



In den letzten Tagen besuchte die niederländische Journalistin Sonja van den Ende die südukrainische Küstenstadt Berdiansk, die am Asowschen Meer liegt.

Die Journalisten der Mainstream-Medien, die von ihren «faulen Stühlen» aus Daten auf ihren Nachrichtenseiten eingeben, behaupteten, dass am 27. Februar eine russische «Offensive» in und um Berdjansk stattgefunden habe.

Van den Ende sprach mit Anwohnern und fragte sie, ob sie unter den Kämpfen gelitten hätten. Sie sagten einstimmig: «Nein, hier war alles ruhig!»

Medienberichten zufolge gab es auch schwere Kämpfe um die Stadt Melitopol, die Van den Ende bereits dreimal besucht hat. Nach Angaben der russischen Armee drangen die Soldaten jedoch kampflos in Melitopol ein.

Die Presseagentur RIA berichtete, dass das Militär sogar von den Anwohnern begrüßt wurde. Rentner gingen mit roten Fahnen auf die Strasse. Van den Ende bestätigte dies. «Ich habe mehrfach gehört, dass es in der Stadt keine Kämpfe gegeben hat und nichts zerstört wurde.»

«Die Bevölkerung war froh, dass die russische Armee endlich kam, um sie von den Verbrechern zu befreien, wie sie selbst sagte», schreibt die Journalistin auf ihrer Website.

Der ehemalige Bürgermeister von Melitopol, Iwan Fjodorow, war Mitglied des neofaschistischen Rechten Sektors, einer vom Kiewer Regime verbotenen und vom Westen unterstützten Partei.

Der ehemalige Bürgermeister wurde in den Niederlanden mit offenen Armen empfangen, wo er u.a. mit Aussenminister Hoekstra und Mitgliedern des Unterhauses sprach. Fedorov floh wie viele andere Radikale nach Europa, wo ihnen Asyl gewährt wurde.

In Berdjansk sprach Van den Ende mit Menschen, die Schlange standen, um einen russischen Pass zu beantragen. Vor allem junge Menschen erzählten ihr, dass sie sich «unsicher» fühlten, dass das Regime in Kiew sie diskriminiere und ihnen verbiete, Russisch zu sprechen. Die älteren Menschen hatten kein gutes Wort über Präsident Selensky und den Westen zu sagen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/russische-armee-dringt-kampflos-in-ukrainische-staedte-ein-ich-bin-froh-die-kriminellen-los-zu-sein/>

The frontpage features a large yellow banner at the top with the text 'Aargauer Zeitung'. To the left, there's a small column with the headline 'Ein neuer Abwehrspieler' and a photo of a football player. To the right, another column has the headline 'Friedwald statt Friedhof' and a photo of a man. Below the banner, the main headline reads 'Die Schweiz soll die Interessen der Ukraine in Russland vertreten'. There are several smaller columns with various news snippets and photos throughout the page.

Des Schweizer Aussenministers Absicht, in Moskau als Interessenvertreter der Ukraine zu fungieren – in absoluter Verkennung der geopolitischen Lage – wurde prominent begrüßt: Die Headline der Aargauer Zeitung am 10. Juli auf ihrer Frontpage.

Schweizer Aussenministerium: Unglaubliche Arroganz oder totaler Realitätsverlust?

Autor: Christian Müller, 13. August 2022

Globalbridge.ch hat darüber berichtet: Die gegenwärtige Schweizer Regierung hat mit dem Entscheid, die Sanktionen der EU gegen Russland pauschal (!) zu übernehmen, die historisch und politisch gefestigte Neutralität der Schweiz dramatisch verletzt und vielleicht gar unwiederbringlich zerstört. Auch der Platz Genf als zweitwichtigster Standort der UNO wird seine Funktion als internationaler Konferenzort mehr und

mehr verlieren. Und mit der «Ukraine Recovery Conference» in Lugano hat die Schweiz zusätzlich bestätigt, dass sie keine neutrale Haltung mehr einnehmen will. Nichtsdestotrotz hat das Aussenministerium Wolodymyr Selenskys absurde Idee, die Schweiz solle als Interessenvertreter der Ukraine in Moskau zum Einsatz kommen, positiv aufgenommen und zwischenzeitlich mit Kiev en détail abgesprochen. Doch die Quittung liegt bereits auf dem Tisch: Russland ist an den vermeintlich guten Diensten der Schweiz nicht mehr interessiert.

Der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis ist bekanntlich unentwegt auf der Suche nach «Opportunitäten». Und offensichtlich hielt er Selenskys Vorschlag für eine solche «Opportunität». Nicht zufällig hat er ja am WEF in Davos vorgeschlagen, die schweizerische Neutralität in eine «kooperative Neutralität» umzubauen: Neutral zu bleiben, aber mit der einen Seite eines Konflikts zu «kooperieren». Und er erhielt dafür prominentes Lob, insbesondere vom NATO-nahen NZZ-Redaktor Georg Häsliger, der selber Oberst der Schweizer Armee ist.

Die Schweiz hat seit Ende Februar alle von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland pauschal, also ohne jede Abweichung oder auch nur Präzisierung, übernommen. Wie kann man in so einer Situation auch nur darauf hoffen, von Russland als Interessenvertreter der Ukraine akzeptiert zu werden? Ist es eine massive Selbstüberschätzung unseres Aussenministers? Oder ist es einfach totaler Realitätsverlust? Oder eben einmal mehr einfach eine «Opportunität», die gepackt werden sollte? Das Nein aus Moskau war denn auch alles andere als überraschend.

Mehr und mehr wird Hass auf alle Russen und auf alles Russische gefördert

Ziemlich peinlich ist die ganze Geschichte auch für die grossen Schweizer Medien. Sie plädieren fast unisono für eine Weiterführung des Krieges in der Ukraine und gegen Verhandlungen, haben aber Ignazio Cassis Vorhaben prominent begrüßt – siehe zum Beispiel die Frontseite der «Aargauer Zeitung», oben. Und wo immer Behörden oder Organisationen etwas tun, um den bereits verbreiteten Russenhass noch anzuheizen, gibt's Lob oder zumindest höfliches Schweigen. In St. Gallen zum Beispiel wurde für die Festspiele die Oper «Die Jungfrau von Orléans» des russischen Komponisten Tschaikowski abgesetzt und durch Verdis Oper «Giovanna d'Arco» ersetzt. Begründung: Eine öffentliche Aufführung von Kompositionen von Tschaikowski sei jetzt den ukrainischen Flüchtlingen hier nicht zuzumuten. Nota bene: Der russische Komponist Pjotr Iljitsch Tschaikowski lebte von 1840 bis 1893 ...

Siehe den grünen Balken in der Mitte des Bildes: «IM GEDENKEN AN DIE BEFREIUNG EUROPAS». Aber in diesem Jahr dürfen keine russischen Fahrzeuge gezeigt werden, wo doch jeder auch nur halbwegs gebildete Schweizer weiß, dass es die Rote Armee war, die in Stalingrad und Kursk die Nazi-Truppen Deutschlands besiegt haben – mit Hunderttausenden von Toten – und damit Hitlers Niederlage eingeleitet haben.

Und im aargauischen Birmenstorf wurde der mittlerweile ebenfalls traditionelle «Convoy to Remember», wo gute 700 historische Kriegsfahrzeuge aus ganz Europa an diesem Wochenende zusammenkommen und 20'000 Besucher erwartet werden, ebenfalls umprogrammiert: In Absprache mit Spitzenvertretern der Schweizer Armee, wie man lesen konnte, wurde beschlossen, den Anlass trotz des Krieges in der Ukraine durchzuführen, diesmal aber keine russischen Panzer zu zeigen. Dazu die Aargauer Zeitung wörtlich: «Der «Convoy» erinnert laut Organisatoren an den D-Day – den Tag im Jahr 1944, als die Befreiung Europas durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg startete.» Die CH-Media-Zeitungen, zu denen die «Aargauer Zeitung» gehört, verpassen keine Gelegenheit, zu behaupten, Europa sei 1944 am D-Day von den Alliierten befreit worden, wo doch jeder, der schon mal ein Buch gelesen hat, weiß, dass Hitlers militärischer Niedergang mit den gigantischen – und eben verlorenen! – Schlachten von Stalingrad (1942/43) und Kursk (1943) begonnen hat. Dass an einem «Convoy to Remember» – einem Umzug zur Erinnerung! – ausgerechnet russische Panzer und Fahrzeuge nicht gezeigt werden dürfen, ist insofern ein besonders widerlicher Entscheid der Organisatoren – und dies in Absprache mit der Schweizer Armee!

Es ist einfach unglaublich: Die neutrale Schweiz ist zum Vasall der USA – die Schweizer Banken halten sich zum Beispiel an die Sanktionen der USA gegen Kuba – und jetzt auch der EU geworden, der sie nie beitreten wollte. Man kann sich für die Entscheidungen des Bundesrates und die Haltung der grossen Schweizer Medien nur noch schämen.

Quelle: <https://globalbridge.ch/schweizer-aussenministerium-unglaubliche-arroganz-oder-totaler-realitaetsverlust/>

Das Strategische Konzept 2030 der NATO droht, die Welt zu destabilisieren

uncut-news.ch, August 19, 2022

Das Atlantische Bündnis wird bis mindestens 2030 weiterhin Russland und China ins Visier nehmen.

Von Ahmed Adel: Er ist Forscher für Geopolitik und politische Ökonomie in Kairo

Das neue Strategische Konzept 2030 der NATO deutet auf einen beunruhigenden Wandel in der strategischen Ausrichtung des Bündnisses hin. Infolgedessen nehmen die Provokationen gegenüber Moskau und Peking zu, insbesondere nachdem Peking von der NATO als «die bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Bündnispartner und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum» bezeichnet wurde. In diesem Zusammenhang forderte das Atlantische Bündnis die Mitgliedstaaten auf, mehr Ressourcen für militärische Zwecke bereitzustellen und die schnellen Eingreiftruppen an der osteuropäischen Front von 40'000 auf 300'000 Mann aufzustocken. Dies kommt zu den Eskalationen im Südchinesischen Meer hinzu.



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte, dass es im Gegensatz zum gleichnamigen Vorgängerdokument, das 2010 in Lissabon verabschiedet wurde, keine Leitlinien mehr für die Zusammenarbeit mit Moskau gibt, auch nicht in den Bereichen Rüstungskontrolle, Terrorismusbekämpfung oder Drogenhandel. Die Beziehungen zu Russland verschlechtern sich kontinuierlich, da der Westen weniger Kooperation und mehr Konflikte anregt.

Das Verhalten der wichtigsten NATO-Mitglieder – der USA und des Vereinigten Königreichs sowie Deutschlands und Frankreichs – in der Ukraine, aber auch im Kaukasus und in Zentralasien zeigt, dass Russland trotz des massiven wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas die unmittelbarste Bedrohung für die westliche Hegemonie darstellt. Die Positionierung an den östlichen Grenzen der NATO hat also nichts Epochales an sich, sondern ist die logische Fortsetzung eines Prozesses, der mindestens seit 2014 andauert. Es lässt sich jedoch argumentieren, dass dieser Prozess mit dem Syrienkrieg 2011 oder vielleicht sogar schon 2008 mit dem von der NATO angezettelten Russisch-Georgien-Krieg begann.

Der mittelfristig prognostizierte Wandel der strategischen Ausrichtung betrifft auch die Beziehungen Chinas zum Westen und zu Russland. Die Verschärfung der Beziehungen zwischen China und Russland steht im Widerspruch zu den Interessen des Bündnisses, denn laut NATO versucht China, die derzeitige Weltordnung zu untergraben, indem es die globale Logistik und seine Wirtschaft kontrolliert, weshalb die NATO ihre Beziehungen zu ihren asiatisch-pazifischen Partnern verstärkt.

Aus diesem Grund haben die USA auch die Auflösung des Investitionsabkommens zwischen der EU und China gefördert, unterstützen offen die Demonstranten in Hongkong und wiederholen die Behauptung eines von China verübten Völkermords an den Uiguren, verschärfen die Spannungen im Südchinesischen Meer und haben zur Auflösung des 17+1-Formats beigetragen, das in der Praxis nicht mehr funktionieren kann. Hinzu kommen noch der jüngste Besuch von Nancy Pelosi in Taipeh und die Gründung des AUKUS-Bündnisses.

Im Grossen und Ganzen könnte China in der neuen strategischen Ausrichtung der NATO wohl auf eine ähnliche Situation zusteueren wie Russland im Jahr 2014. Für die NATO-Strategen ist Chinas Reaktion auf den Besuch von Pelosi, die sich in Militär- und Marineübungen im Südchinesischen Meer manifestiert, übertrieben. Sie sind dieser Ansicht, weil China gezeigt hat, wie leicht Taiwan von der Aussenwelt isoliert werden kann, während die USA nur zuschauen können.

Die NATO geht sehr explizit und gezielt gegen China vor. Vielleicht wurde ein solcher Schritt durch die Weigerung Pekings, sich den antirussischen Sanktionen des Westens und der Verurteilung der Entmilitarisierung der Ukraine anzuschliessen, ausgelöst oder beschleunigt.

Die Fortsetzung solcher Provokationen und Eskalationen ist aber auch für die NATO sehr riskant. Ein von der NATO angezettelter Krieg gegen China, so wie das Bündnis Russland keine andere Wahl gelassen hat, als die Ukraine zu entmilitarisieren, um seine eigene nationale Sicherheit zu gewährleisten, würde die Welt viel schneller und grundlegender umgestalten, als es durch den Krieg in Osteuropa bereits geschehen ist. Der Versuch, Russland zu isolieren, ist nicht nur gescheitert, sondern hat den Wandel des globalen geopolitischen und wirtschaftlichen Systems weg von der westlichen Hegemonie sogar noch beschleunigt.

Da China heute die grösste Industriemacht der Welt, ein riesiger Markt für Konsumgüter und ein wichtiger Investor und Gläubiger in zahlreichen Regionen ist, gibt es ohne ein stabiles China keine globale Stabilität. Wenn das Bündnis nicht in der Lage war, sein Ziel in der Ukraine zu erreichen, einer Region, in der mehrere NATO-Mitglieder ebenfalls direkt an Russland grenzen, besteht wenig Aussicht darauf, dass es an der asiatischen Front grössere Erfolge erzielen kann.

Wenn das Bündnis nicht in der Lage ist, eine direkte Konfrontation mit Russland in Europa zu bewältigen, stellt sich die Frage, wie es in der Lage sein wird, eine direkte Konfrontation an zwei Fronten gegen eine mögliche russisch-chinesische Koalition zu bewältigen. Das strategische Engagement der NATO gegen China und Russland, das bis mindestens 2030 angelegt ist, ist eine gefährliche Provokation, und zwar nicht nur für die betroffenen Länder. Die Provokationen des Westens sind eine Gefahr für die ganze Welt, da sie die globale Stabilität und die Lebensqualität der Bürger dramatisch beeinträchtigen können, weshalb das Strategische Konzept 2030 der NATO alarmierend ist.

QUELLE: *NATO'S 2030 STRATEGIC CONCEPT THREATENS TO DESTABILISE THE WORLD*

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-strategische-konzept-2030-der-nato-droht-die-welt-zu-destabilisieren/>

So ruiniert sich Deutschland selbst und gründlich

18. August 2022 WiKa Fäuleton, lang & schmutzig, Meinung, Politik 19

So ruiniert sich Deutschland selbst und gründlich. Moos kauen: Da gibt es eine friedvolle Fraktion unter den Menschen, die meint, dass es schlimmer nicht kommen könne. Gut ist tatsächlich, dass sie friedliebend ist. Diese Menschen machen mehr oder weniger alles mit, was von ‹oben› verordnet wird, allein um ihre Ruhe zu haben. Das nennt man den Weg des geringsten Widerstandes. Das ist generell, in einer friedlich orientierten Gesellschaft eine wünschenswerte Angelegenheit, vorausgesetzt die Entscheidungsträger würden sich ernstlich um die Belange besagter Menschen kümmern und nicht ausgerechnet um fremde Interessen. So viel zur Theorie und zur grossflächigen gesellschaftlichen Paralyse.



Ja, es könnte alles so schön sein! Nur wie realistisch ist dieses heimelige Weiterdösen angesichts einer Regierung, die nur zu offensichtlich an den Interessen seines eigentlichen Auftraggebers vorbei entscheidet? Nehmen wir dazu das konsequent hausgemachte Problem unserer bundesdeutschen und europäischen Gasversorgung. Es wird in den kommenden Monaten dafür sorgen, dass sehr viele Menschen aus ihrer Komfortzone geschleudert werden. Wenn sich die persönliche Einnahmenseite nicht so stark verbessern kann, wie gerade die Ausgabenseite aus dem Ruder läuft, wird dies ernste Existenzprobleme für viele Menschen nach sich ziehen. Da hilft es nichts die Energie zusätzlich zu ver(s)teuern ... [qpress]. Oder anders ausgedrückt, diese Menschen werden noch weiter dem Staatsapparat und seiner fragwürdigen ‹Wohlfahrt› ausgeliefert. Man kann es mit einem Wort umschreiben: ‹Abhängigkeit›. Das ist eine schlechte Grundlage für das was einen demokratischen Staat nach einstigen Massstäben ausmachen sollte. Kommt ihnen das vielleicht chinesisch vor?

Die konsequente Fehlentscheidung zum Erdgas

Die Gaspreise schiessen weiter durch die Decke und vom Strom bis zum Einkauf erreichen die Preise neue Rekordhöhen. Für diese negativen Folgen macht man ganz simpel und für viele Menschen glaubhaft, Russland verantwortlich. Nur ganz so einfach ist die Geschichte nicht. Die Realität sieht beträchtlich anders aus. Jahrzehntelang wurde es versäumt, die notwendige Infrastruktur für alternative Energiequellen und -konzepte zu schaffen. Statt diese Fehler nachhaltig zu beheben, wird mit Hochdruck das Feindbild Russland aufgebaut und die Energiewende auf Biegen und Brechen durchgesetzt. Manchmal erkennen das sogar die Medien des Mainstreams. Das möchte in Zukunft ihr Feigenblättchen sein, hinter dem sie sich verstekken können, sobald alles absehbar den Bach runter geht. Ihrer originären Aufgabe, jetzt Daueralarm zu schlagen, kommen sie nicht ansatzweise nach.

Eine bleibende Erinnerung und unverzichtbares Sammlerstück für die Überlebenden und Folgegeneratoren. Die Postkarte wird bereits in wenigen Jahren eine echte Rarität sein. Schlagen sie jetzt zu, das 50er-Bündel hier im Bauchladen ... solange der Vorrat reicht (limitierte Auflage).

Fakt ist, noch brauchen wir das russische Gas. Der Switch der Pipelines, von Nord Stream 1 auf Nord Stream 2 könnte den Fehler an einem Tag beheben. Das ist aber nicht im Interesse unserer besten Freunde aus den USA. Die haben etwas dagegen. Zudem ist das «Russengas» immer noch deutlich umweltfreundlicher, als teure Ersatzlieferungen mit LNG-Tankern aus Indien, wo das LNG-Gas aus russischem Erdgas hergestellt wird, oder das noch toxischere LNG aus den USA. Gut, angesichts des neuen Feindbildes darf sogar der Umweltschutz über einen längeren Zeitraum eine Verschnaufpause machen. Jetzt ist es völlig egal mit welchem Dreck wir hantieren, Hauptsache der hat nichts mit Russland zu tun. Da kann man gegebenenfalls sogar die Gasförderung im «Naturpark Wattenmeer» genehmigen, weil doch die hausgemachte Not so gross ist.

Kann man von Ideologie leben?

Jetzt sollte der konsternierte Verbraucher nur noch verstehen, was er alles für diese «tolle Ideologie» und den anbefohlenen «Russenhass» zu bezahlen hat und es wird nicht billig. Im vorherigen Video wird es deutlich dargestellt. Mit Russland bestehen langfristige Abnahmeverträge für Erdgas, Stichwort: «Take or Pay». Diese Verträge sorgen im Zweifelsfall dafür, dass wir 40 Milliarden m³ pro Jahr bezahlen dürfen, ohne auch nur einen einzigen davon hier bei uns begrüssen zu dürfen. Dieselbe Menge und deutlich darüber hinaus, muss parallel zusätzlich für den doppelten oder x-fachen Preis am leergefegten Gasmarkt zugekauft werden. Haben sie jetzt die Zusammensetzung des Gaspreises verinnerlicht? Im Zweifel gerne wieder verflüssigtes Erdgas aus Russland, über den Umweg Indien. Aber das Gas ist dann zumindest ideologisch «sauber». Soviel zu den «ökonomischen Fähigkeiten» unserer aktuellen Bundesregierung.

Was nur ungern erwähnt wird, ist die Tatsache, dass wir aufgrund des Verzichts auf Atomkraft und Kohle bereits vermehrt Gas verstromen müssen. Selbst dazu kann man im Mainstream ab und an einen dezenten Hinweis finden: Stromproduktion aus Gas steigt im Juli im Vergleich zum Vorjahr ... [DIE-FÄLLT]. Wenn wir zukünftig dafür das preisexplodierte Gas verwenden müssen, wird es selbstverständlich entsprechende Auswirkungen auf die Strompreise haben. Dabei ist nicht einmal klar ob wir in einem harten Winter überhaupt genug Gas beschaffen können.

Die Ampel ist in ihren Planungen schon weiter

Die Ampel ist in ihren Planungen schon weiter. Dazu hat sich die Regierung bereits ebenso fachkompetent geäussert. Dank des Krieges gegen Russland, den wir «pro forma» nicht führen (sondern führen lassen), ist man willens, ganz nach Bedarf die Verbraucher «abzuschalten» oder zumindest zu rationieren. Selbstverständlich ganz ohne Not, dafür aber wieder ideologisch korrekt. Das nennen wir euphemistisch «frieren für den Frieden» oder «kalt duschen gegen Putin». Das sind noch verhältnismässig harmlose Attribute. Die mit dem «Verhungern» schenken wir uns zunächst, wie auch die gesellschaftlichen Situationsbeschreibungen für den Fall, dass über mehrere Tage grossflächig der Strom ausfällt.



Wer nicht vollständig mit dem Klammerbeutel gepudert ist, könnte hieraus schnell die durchschimmernde Absicht ableiten, dass es der Politik tatsächlich um die nachhaltige Schädigung und Deindustrialisierung des Standortes Europa geht. Leider ist Deutschland darin der Schwerpunkt, mithin das eigentliche Ziel. Das

alles wurde bei den ‹transatlantischen Kalkulationen› gewiss umfassend berücksichtigt, nur nicht hinreichend kommuniziert. In einem Durchgang schafft es den USA lästige Konkurrenz vom Hals und soll Russland maximal schädigen.

Aus Sicht der Initiatoren, die selbstverständlich niemand kennt und die es angeblich gar nicht gibt, ist das die klassische ‹Win-Win›-Situation. Kann jemand darauf kommen wer in diesem Spiel den Gegenpol mimen darf, die ‹Lose-Lose›-Position? Aber bitte nur theoretisch und nicht laut sagen. Ok, das ist natürlich überaus akademisch, zumal die Frage danach, wem das alles nützt, selbstverständlich nicht gestellt werden darf, sonst möchte man die ‹bösen Geister› dahinter womöglich doch noch identifizieren, was niemandes Absicht sein darf.

Wer genau ist jetzt am Ende?

Folgt man der tagtäglichen Propaganda, so müsste der Endsieg der Ukraine über Russland kurz bevorstehen. Das wäre selbstverständlich ‹unser Sieg›. Die allgemeine Berichterstattung, ausser bei den Feindsendern, lässt daran keinen Zweifel aufkommen. Russland ist demnach bereits vollends kollabiert und dazu politisch implodiert. Putin wird seine nächste Amtszeit in irgendeinem Steinbruch in Sibirien ableisten. Dazu wird die übriggebliebene und politisch verwaiste russische Bevölkerung die USA anflehen, doch bitte endlich die dem Westen zustehenden Rohstoffe aus Russland abzutransportieren, damit das Leben dort nicht mehr so gefährlich ist. Weiters solle doch McDonalds wieder eröffnen und Coca-Cola alsbald seine Lieferungen in Russland aufnehmen. Damit sollte die Welt wieder heile sein, folgte man den feuchten Träumen der ungenannten Imperialisten.

Zugegeben, der vorstehende Film wird so vermutlich nicht ablaufen. Russland, hat anders als Europa, hinsichtlich seiner Ressourcen keine Not. Es ist durchaus genügend Wissen vorhanden, so dass Russland relativ gut aus sich selbst heraus existieren kann. Dazu hat es reichlich ‹Sanktionserfahrung› aus den letzten Jahren und konnte sich auf vergleichbare Szenarien gut vorbereiten. Letzteres wird hier natürlich enorm bestritten, weil es mit der hiesigen Propaganda nicht kompatibel ist. Die Stabilisierung des Rubels spricht aus ökonomischer Sicht für die These der russischen Stabilität. Da ist Europa bedeutend schlechter aufgestellt. Ohne Energie ist der Standort schlicht am Ende. Die gebetsmühlenartigen Wiederholungen der Grünen, dass das alles kein Problem sei, gilt es erst einmal unter Beweis zu stellen. Für den Fall, dass es dennoch nicht funktioniert, wofür einiges spricht, ist selbstverständlich Putin schuld.

Und kommen wir zum bösen ‹F›-Wort



So ruiniert sich Deutschland selbst und gründlich. Wenn die Administration sich zum ‹Staat im Staate› aufschwingt und den Bürger in weiten Teilen, sofern er nicht die Klappe hält, als Staatsfeind deklariert, ist es nicht mehr weit weg mit dem ‹Faschismus›. Das alles können wir derzeit in mehr oder weniger grossen Schüben hautnah miterleben. Da spielt es gar keine Rolle welche Gründe vorgeschoben werden. Ob Ukrainekrieg oder Pandemie, es kommt stets auf dasselbe raus. Wer jetzt den offenen Diskurs fordert, macht sich gegebenenfalls der ‹verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates› schuldig. So einfach geht heute die Abschaltung kritischer Geister. Dabei muss der Faschismus nicht zwingend braun erscheinen. Dank seiner Wandelfähigkeit kann er mit Leichtigkeit jede andere Farbe annehmen.

Eines der einfachsten Beispiele ist das folgende. Ein Mitglied der Legislative (aus dem Parlament), ist zeitgleich als Minister Mitglied der Exekutive, vorzugsweise Justizminister. Dann kann er Richter ernennen und Staatsanwälte befehligen und somit allerhand Einfluss auf die Judikative ausüben. Gottlob kommt so ein krasser Filz nur in ausgewiesenen Bananenrepubliken vor. Da würden unsere hiesigen Demokraten ganz empfindlich reagieren und sogleich von einer bösartigen ‹Vereinigung der Gewalten› fabulieren und nach sofortigen Sanktionen schreien. Besagte Bananenrepublik braucht nur ein wenig ‹Schein-Demokratie› zu inszenieren ... und schwups sind diese elenden Zustände wieder geheilt.

Lassen wir zum Abschluss dieses energetischen Exkurses jemand anders zu Wort kommen. Dabei ist der grüne Hintergrund im Video generell unpolitisch und soll allenthalben die Entspannung der Betrachter befördern. Etwaige Symbolik bitte nicht fehlinterpretieren. Alles in allem sind wir auf bestem Wege uns abermals gut und gründlich zu ruinieren. Der entscheidende Faktor ist immer, dass alle sang- und klanglos mitspielen, den angesagten Narrativen folgen und sich ja keinen Kopp machen. Dafür ist schliesslich im Moment die Ampel zuständig. Und die paar Querulantin, die es noch gibt, kann man mit der Staatsgewalt sicher gut im Griff halten.

Quelle: <https://qpress.de/2022/08/18/so-ruiniert-sich-deutschland-selbst-und-gruendlich/>

Video: Mutter einer deutschen Journalistin, die über den Krieg in der Ukraine berichtet, muss aus Deutschland fliehen.

uncut-news.ch, August 19, 2022



Die Mutter der deutschen Journalistin Alina Lipp ist aus Deutschland geflohen. Vor zwei Wochen wurde ihr Bankkonto aus heiterem Himmel eingefroren. Von einem Tag auf den anderen konnte sie nicht mehr auf ihr Geld zugreifen. Ihr wurde gesagt, dass die Polizei jeden Moment vor ihrer Tür stehen könnte, um sie zum Verhör mitzunehmen. Der Grund dafür war die unerwünschte Berichterstattung ihrer Tochter über den Krieg in der Ukraine.

«Deutschland ist nicht mehr mein Land», sagt die Mutter der Journalistin in einem Video, das sie gemeinsam aufgenommen haben. «Das ist wirklich intensiv», sagte Alina. Nachdem ihr Konto gesperrt worden war, verkaufte die Frau ihr Hab und Gut, um die Reise mit dem Auto nach Russland antreten zu können.

Seit einem Monat ist es wieder möglich, mit dem Auto aus dem Ausland nach Russland zu reisen. Darüber hinaus wurde der Frau ein Visum erteilt. «Es ist eine aufregende Zeit für die Lipps», sagt der Autor.

Vor kurzem haben die deutschen Behörden eine strafrechtliche Untersuchung gegen Alina eingeleitet. Zuvor hatten sie ihr Material aus dem Internet entfernt und anschliessend ihr Bankkonto und das ihres Vaters gesperrt. In Deutschland ist die Unterstützung des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine eine Straftat. Sie können bis zu drei Jahre Gefängnis bekommen.

Bemerkenswerterweise schreiben die deutschen Behörden in dem Schreiben, dass sie in dem Fall nicht angehört wird, weil dies «die Ermittlungen stören» würde. «Sie wollen mich also strafrechtlich verfolgen, aber nicht auf mich hören», sagte Alina, die mehr als 180'000 Abonnenten auf Telegram hat.

Wie die Journalistinnen Sonja van den Ende und Eva Bartlett steht sie auf einer ukrainischen «Todesliste». Ihre Mutter hat jetzt ein Bankkonto in Russland. Am Samstag beantragte sie ein Bankkonto, und am nächsten Tag übergab ein Bankangestellter ihre Bankkarte. Sie erhält sogar Zinsen, während der Zinssatz in Deutschland negativ ist. «Ich bin angenehm überrascht», sagt sie.



Quelle: <https://uncutnews.ch/video-mutter-eines-deutschen-journalisten-der-ueber-den-krieg-in-der-ukraine-berichtet-muss-aus-deutschland-fliehen/>

Ansprache Putins an die Teilnehmer und Gäste der 10. Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit

uncut-news.ch, August 17, 2022



Vladimir Putin

Der Präsident Russlands Vladimir Putin:

Meine Damen und Herren!

verehrte ausländische Gäste, ich möchte Sie zur 10. Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit willkommen heissen. In den letzten zehn Jahren hat sich Ihr repräsentatives Forum zu einem bedeutenden Ort für die Erörterung der drängendsten militärisch-politischen Probleme entwickelt.

Heute ist eine solche offene Diskussion von besonderer Bedeutung. Die Lage in der Welt verändert sich dynamisch und die Konturen einer multipolaren Weltordnung nehmen Gestalt an. Immer mehr Länder und Völker entscheiden sich für einen Weg der freien und souveränen Entwicklung auf der Grundlage ihrer eigenen Identität, ihrer Traditionen und Werte.

Diesen objektiven Prozessen stellen sich die westlichen globalistischen Eliten entgegen, indem sie Chaos provozieren, alte und neue Konflikte schüren und die sogenannte Containment-Politik verfolgen, die in Wirklichkeit auf die Untergrabung jeglicher alternativer, souveräner Entwicklungsmöglichkeiten hinausläuft. Sie tun also alles, um die Hegemonie und die Macht, die ihnen entgleiten, aufrechtzuerhalten; sie versuchen, Länder und Völker im Griff einer im Wesentlichen neokolonialen Ordnung zu halten. Ihre Hegemonie bedeutet Stagnation für den Rest der Welt und für die gesamte Zivilisation; sie bedeutet Obskurantismus, Abschaffung der Kultur und neoliberalen Totalitarismus.

Sie bedienen sich aller Mittel und Wege. Die Vereinigten Staaten und ihre Vasallen mischen sich in grober Weise in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ein, indem sie Provokationen inszenieren, Putsche organisieren oder Bürgerkriege anzetteln. Durch Drohungen, Erpressung und Druck versuchen sie, unabhängige Staaten zu zwingen, sich ihrem Willen zu unterwerfen und Regeln zu befolgen, die ihnen fremd sind. Dabei verfolgen sie nur ein einziges Ziel: Ihre Vorherrschaft zu bewahren, das jahrhundertealte Modell, das es ihnen ermöglicht, sich alles in der Welt unter den Nagel zu reissen. Aber ein solches Modell kann nur mit Gewalt aufrechterhalten werden.

Deshalb untergräbt der kollektive Westen – der sogenannte kollektive Westen – ganz bewusst das europäische Sicherheitssystem und knüpft immer neue Militärbündnisse. Die NATO schleicht sich nach Osten und baut ihre militärische Infrastruktur aus. Unter anderem stellt sie Raketenabwehrsysteme auf und erhöht die Schlagkraft ihrer Offensivkräfte. Heuchlerisch wird dies mit der Notwendigkeit begründet, die Sicherheit in Europa zu stärken, doch in Wirklichkeit findet genau das Gegenteil statt. Darüber hinaus wurden die Vorschläge zu gegenseitigen Sicherheitsmassnahmen, die Russland im Dezember letzten Jahres unterbreitet hat, wieder einmal ignoriert.

Sie brauchen Konflikte, um ihre Hegemonie zu bewahren. Aus diesem Grund haben sie das ukrainische Volk dazu bestimmt, als Kanonenfutter zu dienen. Sie haben das Anti-Russland-Projekt umgesetzt und die Verbreitung der neonazistischen Ideologie geduldet. Sie haben weggeschaut, als die Bewohner des Donbass zu Tausenden ermordet wurden, und sie haben weiterhin Waffen, einschließlich schwerer Waffen, für das Kiewer Regime geliefert, was sie auch jetzt noch tun.

Unter diesen Umständen haben wir die Entscheidung getroffen, eine besondere Militäroperation in der Ukraine durchzuführen, eine Entscheidung, die in vollem Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen steht. Es wurde klar und deutlich gesagt, dass die Ziele dieser Operation darin bestehen, die Sicherheit

Russlands und seiner Bürger zu gewährleisten und die Bewohner des Donbass vor einem Völkermord zu schützen.

Die Situation in der Ukraine zeigt, dass die Vereinigten Staaten versuchen, diesen Konflikt in die Länge zu ziehen. Sie handeln auch andernorts in gleicher Weise und schüren das Konfliktpotenzial in Asien, Afrika und Lateinamerika. Wie allgemein bekannt ist, haben die USA kürzlich einen weiteren bewussten Versuch unternommen, die Flammen zu schüren und Unruhe im asiatisch-pazifischen Raum zu stiften. Die Eskapade der USA gegenüber Taiwan ist nicht nur die Reise eines unverantwortlichen Politikers, sondern Teil einer zielgerichteten und bewussten US-Strategie, die darauf abzielt, die Lage zu destabilisieren und Chaos in der Region und der Welt zu stiften. Sie ist eine schamlose Demonstration der Missachtung anderer Länder und ihrer eigenen internationalen Verpflichtungen. Wir betrachten dies als eine sorgfältig geplante Provokation.

Es ist klar, dass die westlichen globalistischen Eliten mit diesen Aktionen unter anderem versuchen, die Aufmerksamkeit ihrer eigenen Bürger von drängenden sozioökonomischen Problemen wie sinkendem Lebensstandard, Arbeitslosigkeit, Armut und Deindustrialisierung abzulenken. Sie wollen die Schuld für ihr eigenes Versagen auf andere Länder abwälzen, nämlich Russland und China, die ihren Standpunkt vertreten und eine souveräne Entwicklungspolitik gestalten, ohne sich dem Diktat der supranationalen Eliten zu unterwerfen.

Wir sehen auch, dass der kollektive Westen danach strebt, sein Blocksystem auf den asiatisch-pazifischen Raum auszudehnen, wie er es mit der NATO in Europa getan hat. Zu diesem Zweck schafft er aggressive militärisch-politische Vereinigungen wie AUKUS und andere.

Es liegt auf der Hand, dass es nur durch eine radikale Stärkung des gegenwärtigen Systems einer multipolaren Welt möglich ist, Spannungen in der Welt abzubauen, militärisch-politische Bedrohungen und Risiken zu überwinden, das Vertrauen zwischen den Ländern zu verbessern und ihre nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

Ich wiederhole, dass die Ära der unipolaren Welt der Vergangenheit angehört. Wie sehr sich die Nutzniesser des derzeitigen globalistischen Modells auch an die vertrauten Verhältnisse klammern mögen, es ist dem Untergang geweiht. Die historischen geopolitischen Veränderungen gehen in eine völlig andere Richtung. Und natürlich ist Ihre Konferenz ein weiterer wichtiger Beweis für die objektiven Prozesse, die eine multipolare Welt formen, indem sie Vertreter vieler Länder zusammenbringt, die Sicherheitsfragen auf gleicher Augenhöhe diskutieren und einen Dialog führen wollen, der die Interessen aller Parteien ohne Ausnahme berücksichtigt.

Ich möchte betonen, dass die multipolare Welt auf der Grundlage des Völkerrechts und gerechterer Beziehungen neue Möglichkeiten eröffnet, um gemeinsamen Bedrohungen wie regionalen Konflikten und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und Cyberkriminalität entgegenzuwirken. All diese Herausforderungen sind global, und daher wäre es unmöglich, sie zu bewältigen, ohne die Anstrengungen und Potenziale aller Staaten zu bündeln.

Russland wird sich wie bisher aktiv und selbstbewusst an solchen koordinierten gemeinsamen Anstrengungen beteiligen; gemeinsam mit seinen Verbündeten, Partnern und Mitdenkern wird es die bestehenden Mechanismen der internationalen Sicherheit verbessern und neue schaffen sowie die nationalen Streitkräfte und andere Sicherheitsstrukturen konsequent stärken, indem es sie mit modernen Waffen und militärischer Ausrüstung ausstattet. Russland wird seine nationalen Interessen sowie den Schutz seiner Verbündeten sichern und weitere Schritte zum Aufbau einer demokratischeren Welt unternehmen, in der die Rechte aller Völker und die kulturelle und zivilisatorische Vielfalt gewährleistet sind.

Wir müssen die Achtung des Völkerrechts, seiner grundlegenden Normen und Prinzipien wiederherstellen. Und natürlich ist es wichtig, so universelle und allgemein anerkannte Einrichtungen wie die Vereinten Nationen und andere internationale Dialogplattformen zu fördern. Der UN-Sicherheitsrat und die Generalversammlung sollen, wie ursprünglich beabsichtigt, als wirksame Instrumente zum Abbau internationaler Spannungen und zur Konfliktverhütung dienen sowie die Gewährleistung zuverlässiger Sicherheit und des Wohlergehens von Ländern und Völkern erleichtern.

Abschliessend möchte ich den Organisatoren der Konferenz für ihre umfangreiche Vorbereitungsarbeit danken und wünsche allen Teilnehmern substantielle Diskussionen.

Ich bin sicher, dass das Forum auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Frieden und Stabilität auf unserem Planeten leisten und die Entwicklung eines konstruktiven Dialogs und einer Partnerschaft erleichtern wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

QUELLE: PUTIN'S ADDRESS TO PARTICIPANTS AND GUESTS OF THE 10TH MOSCOW CONFERENCE ON INTERNATIONAL SECURITY

Quelle: <https://uncutnews.ch/ansprache-putins-an-die-teilnehmer-und-gaeste-der-10-moskauer-konferenz-ueber-internationale-sicherheit/>

Die Fake-News-Einheitsfront

Dienstag, 16. August 2022, 17:00 Uhr

Die Bundestagsfraktionen weigern sich – selbst auf Anfrage – überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, dass die Tagesschau eine grosse Propagandalüge eingestanden hat. Von Jens Bernert

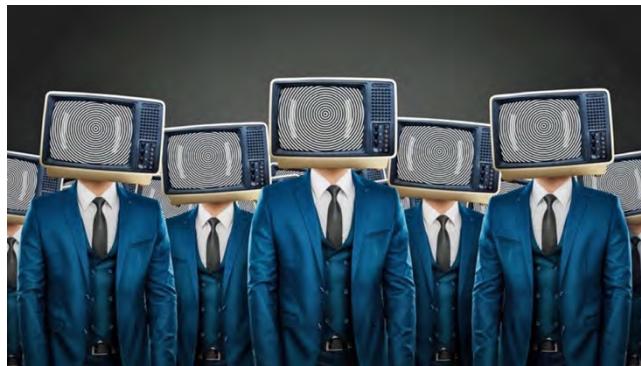


Foto: Marko Aliaksandr/Shutterstock.com

Seit Jahren ist in der Ukraine-Berichterstattung von der ‹Rebellenhauptstadt Donezk› die Rede. Dennoch behauptete die Tagesschau zur besten Sendezeit, russische Truppen – und nicht die Truppen der Kiewer Regierung – hätten den Marktplatz von Donezk bombardiert. Die genauso klammheimliche wie unverschämte umgesetzte Korrektur dieses ‹Versehens› in einem Blog-Beitrag der Tagesschau drei Tage später haben die wenigsten Zuschauer mitbekommen. Noch fanatischer als die Tagesschau zeigt sich die Politik: Alle Bundestagsfraktionen beharren selbst auf Presseanfragen mit Verweis auf diesen Blog-Beitrag auf den ursprünglichen Fake News, indem sie sich unwissend stellen oder die Antwort verweigern.

Bomben auf Donezk

Eklatante Falschberichterstattung in der deutschen Hauptnachrichtensendung vom 13. Juni 2022: In Donezk, Hauptstadt der gleichnamigen ostukrainischen Volksrepublik, wurde ein Markt durch Beschuss zerstört, aber in der Tagesschau wurde aus dem Massaker durch die Kiewer Truppen plötzlich – im Gegensatz zu anderen deutschen und internationalen Medien – ein angeblicher ‹russischer Angriff› (1 bis 3).

Selbst dem dümmsten Zuschauer sollte eigentlich klar sein, dass Russland sicher nicht die Hauptstadt seiner ostukrainischen Verbündeten mit Terrorbombardements überzieht und dort Menschen tötet.

Sollte es sich – unwahrscheinlicherweise – um ein Versehen der Tagesschau und nicht um Propaganda gehandelt haben, würde man doch eine angemessene Richtigstellung dieser Falschnachricht erwarten. Eine solche war noch einen ganzen Tag später nicht zu finden. Daher hatte ich mich am 14. Juni mit einer Presseanfrage zu der Donezk-Fake-Thematik an die Tagesschau gewandt (4):

Presseanfrage zu Falschberichterstattung/Richtigstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie berichteten gestern, 13.6., in der Tagesschau wie folgt:

«Zivile Ziele, immer wieder stehen sie unter Beschuss der russischen Armee. Dies ist der Markt in der ostukrainischen Stadt Donezk, oder das, was davon übrig ist.» (20 Uhr)

«Dies ist der Markt in der ostukrainischen Stadt Donezk, oder das, was davon übrig ist. Drei Menschen sollen bei dem russischen Angriff getötet worden sein.» (16 Uhr)

Tatsächlich war dies ein Angriff der ukrainischen Seite und nicht der russischen Seite auf die ‹Rebellenhauptstadt Donezk›, wie unter anderem anderen deutschen sowie internationalen Medien unschwer zu entnehmen ist.

Wann und in welchem Umfang (zum Beispiel am Folgetag zur gleichen Sendezeit) werden Sie diese Meldungen/‹Fake News› richtigstellen beziehungsweise ist schon eine Richtigstellung erfolgt?

Ich würde mich freuen, wenn Sie die Frage im Laufe des heutigen Tages (14.6.) beantworten könnten. Ihre Antwort würde ich vollumfänglich in einem Beitrag zu dem Vorfall zitieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Jens Bernert

blauerbote.com

(als Autor für weitere Magazine)

Angebliche Korrektur

Die Antwort der Tagesschau kam am 17. Juni, vier Tage nach dem Ereignis beziehungsweise drei Tage nach meiner Presseanfrage – und erst, nachdem ich noch einmal nachgefragt hatte:

«Vielen Dank für Ihre E-Mail. Entschuldigen Sie bitte die Verzögerung der Antwort. Da Sie hier beim technischen Support der Webseite und der Apps gelandet sind, konnte die Anfrage nicht direkt bearbeitet werden. Allerdings lässt sich Ihre Frage schnell beantworten. Unsere Richtigstellung finden Sie hier.“» (5).

Die Tagesschau hat also zwischenzeitlich – am 16. Juni 2022 – eine «Richtigstellung» gebracht. Sie hat dies nicht nach journalistischen Grundsätzen getan – und erst nach drei Tagen! Es erfolgte keine Richtigstellung im gleichen Format, zur gleichen Zeit, in gleichem Umfang. Oder mit anderen Worten: Es hat im Prinzip niemand mitbekommen. Millionen sehen die Tagesschau, einige Tausend lesen vielleicht den Blogbeitrag und das sind in dem Fall dann auch noch viele ohnehin kritische Personen. Die meisten Otto-Normal-Bürger erreicht diese – journalistisch hanebüchene – «Korrektur» wohl nicht:

Fehler in der tagesschau am 13. Juni 2022

Am 13. Juni hat die tagesschau auf der Grundlage eines Berichts der Nachrichtenagentur Reuters über den Beschuss eines Marktes in Donezk berichtet. Demnach sind bei einem ukrainischen Artillerie-Angriff in der von pro-russischen Separatisten besetzten Region mehrere Menschen getötet und verletzt worden. Während diese Informationen von Reuters im Live-Blog auf tagesschau.de korrekt wiedergegeben wurden, ist in der Fernsehberichterstattung ein Fehler passiert.

Dort wurde versehentlich von einem russischen Angriff gesprochen. Uns ist der Fehler in der Abnahme des Beitrags nicht aufgefallen, das ärgert uns sehr und wir bedauern das, denn es entspricht nicht der sonst gebotenen journalistischen Sorgfalt in unserer Berichterstattung. Der Beitrag wurde überarbeitet und die Sendung aktualisiert. Auf tagesschau.de wurde die 20 Uhr-Ausgabe der tagesschau um den Hinweis ergänzt, dass die Sendung nachträglich redaktionell bearbeitet wurde.

Presseanfragen an die Bundestagsfraktionen

Wenn schon die Masse der Bevölkerung die Wahrheit nicht mitbekommt, wie sieht es denn mit den Politikern im Deutschen Bundestag aus? Wenigstens diese sollten ja im Idealfall bei ihren Entscheidungen von einem sachlichen Wissensstand ausgehen und nicht von Fake News in der Tagesschau. Ich stellte in der Sache eine weitere Presseanfrage, an alle Bundestagsfraktionen (CDU/CSU, Linke, SPD, AfD, Grüne und FDP):

Presseanfrage zu erfolgter Richtigstellung der Tagesschau

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Tagesschau der ARD berichtete am 13.6. um 16 Uhr und 20 Uhr (Hauptnachrichtensendung) fälschlicherweise über einen angeblichen russischen Angriff auf einen Marktplatz in Donezk (Ostukraine, sogenannte «Volksrepublik Donezk»). Tatsächlich handelte es sich um einen Kiew-ukrainischen Angriff.

Auf meine Presseanfrage hin wies die Tagesschau darauf hin, dass sie mittlerweile diese Falschnachricht richtiggestellt habe (am 16.6.): «Unsere Richtigstellung finden Sie hier».

Verfügt Ihre Fraktion bereits über die Information, dass es sich bei dem Angriff um eine Attacke der ukrainischen Streitkräfte gehandelt hat, oder sind Sie hier noch auf dem (falschen) Wissensstand der Tagesschau-Hauptnachrichtensendung vom 13.6.?

Ihre Antwort würde ich gerne vollumfänglich in einem entsprechenden Artikel über den Vorfall zitieren. Eine gleichlautende Presseanfrage ergeht auch an die anderen Fraktionen des Bundestages.

Mit freundlichen Grüßen,

Jens Bernert

blauerbote.com

(als Autor für weitere Magazine)

Reaktionen der Fraktionen

Die Fraktionen reagierten quasi als geschlossene Propaganda-Einheitsfront und enthielten sich – anders als bei meiner vorherigen Presseanfrage zu dem vom ukrainischen Präsidenten Selensky verbreiteten SS-Totenkopf-Symbol – jeglichen Kommentars (6). Auf meine nochmalige Bitte vom 20. Juni, doch die Presseanfrage zu beantworten, kam lediglich eine Rückmeldung der AfD:

«Vielen Dank für Ihre Anfrage. Uns liegen zu diesem Sachverhalt derzeit keine Informationen vor.»

Halten wir also fest, dass die Bundestagsfraktionen die Realität nicht kennen oder nicht kennen wollen. Die «Korrektur» hat sie offiziell nicht erreicht.

Obwohl in der Presseanfrage die «Richtigstellung» der Tagesschau verlinkt war. Noch nicht einmal auf Nachfrage ist man bereit, die Realität anzuerkennen. Was wäre denn so schlimm daran gewesen, einen kurzen Satz zu schreiben, dass man sowohl Original-«Nachricht» als auch Korrektur vernommen habe?

Ironischerweise hatte mich bei meiner letzten Presseanfrage an die Bundestagsfraktionen der Pressesprecher der SPD-Fraktion auf das Fake-News-Programm der SPD hingewiesen. Die SPD hatte nämlich – angeblich – nicht geglaubt, dass der ukrainische Präsident Selensky zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 9. August ein Bild ukrainischen Militärs mit dem Totenkopf-Emblem von Hitlers SS-Division

«Totenkopf» bei Instagram und Telegram gepostet hatte. Entsprechende Screenshots wurden als Fake News abgetan.

Da muss man dann schon fast froh sein, dass das US-Nachrichtenmagazin «Newsweek» quasi nebenbei über Selenskys Nazi-Bild berichtet hatte (7). «Newsweek» hatte dies im Rahmen eines Artikels getan, in dem es darum ging, ob der Sachverhalt in einem Fernsehinterview korrekt erwähnt wurde beziehungsweise werden durfte oder nicht, und dabei auch im Artikel per Link auf den noch im Internet Archiv zu findenden Instagram-Post Selenskys verwiesen (8). Zitat aus dem Newsweek-Artikel:

«Wie aus dem Interview hervorgeht, hat Sky News Polyanskiy nicht zu kurz kommen lassen, um ihn zu zensieren. Der UN-Delegierte hatte ausreichend Zeit, um auf die Frage zu antworten, ob russische Soldaten ähnliche Gräueltaten wie die Nazis im Zweiten Weltkrieg begehen würden. Stattdessen kam er auf das Foto zu sprechen, das auf Selenskys Instagram- und Telegrammseiten veröffentlicht und später gelöscht wurde und auf dem ein Soldat mit einem Totenkopf zu sehen war, der mit der deutschen SS assoziiert wird.» Festhalten lässt sich wohl, dass für die Bundestagsfraktionen das Realität ist, «was gerade passt», und nicht die «tatsächliche Realität». Eine «Fake Reality», nach politischem Bedarf. Die eigene Propaganda ist der Goldstandard. Alles andere seien «Fake News».

Mit der Opposition braucht hier wohl auch keiner mehr zu kommen: Linke, AfD und CDU benehmen sich letztlich auch nicht anders als die Regierungsfraktionen SPD, Grüne und FDP.

Und die ARD erledigt wie gewohnt weiter ihren Propagandauftrag. Während die ukrainischen Truppen jetzt ein Atomkraftwerk in dem von russischen Truppen gehaltenen Gebiet beschossen, schafft man bei der Tagesschau über den «Nichts-Genaues-Weiss-Man-Kniff mit eingestreutem Selensky» den Eindruck, die Russen würden das Atomkraftwerk beschossen – assistiert vom im Hirn einiger Teile der Bevölkerung verankerten Propagandaclaim von den angeblichen wahnsinnigen russischen Untermenschen, die wahllos Gräueltaten begehen (9):

«Das Gelände des Kernkraftwerks Saporischschja in der Ukraine wurde übereinstimmenden Angaben folge in den vergangenen Tagen mehrfach beschossen – von wem ist allerdings unklar. Moskau und Kiew geben sich gegenseitig die Schuld. Unabhängig überprüfbar sind die Vorwürfe beider Seiten nicht – auch, weil noch immer keine Expert:innen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) auf das von Russland besetzte Gebiet vorgelassen wurden.

Die kritische Infrastruktur des Kraftwerks soll weiter intakt sein, doch durch den Beschuss sind nicht nur die Reaktoren potenziell gefährdet, sondern auch das kraftwerkseigene Atommüllzwischenlager.

Selenskyj warnt vor Atomkatastrophe: Siehe hier (10).

Wir haben doch von allem gewusst!

Das berühmte «Wir haben doch von nichts gewusst» gilt für die Bundestagsfraktionen weder im Fall des Nazi-affinen ukrainischen Präsidenten noch im Fall der Donezk-Fake-News: Zum einen wurden die Bundestagsabgeordneten über die Presseanfragen noch einmal exklusiv über die Sachverhalte informiert, zum anderen erhielten alle Fraktionen Belegexemplare – also Links – zu dem fertigen Artikel zum SS-Totenkopf. Und auch zum Thema «Donezk-Fake-News» werden sie, wie auch die Tagesschau, als Belegexemplar eben diesen Artikel erhalten.

Die Abgeordneten von CDU/CSU, Linke, SPD, AfD, Grüne und FDP wurden also mehrfach über Nazi-Aktivitäten und Fake News informiert und die Realität interessiert sie nicht. Wer aber ihre Fake Reality kritisiert, der wird durch ihre Propaganda zum Irren und Nazi gestempelt. Einfach so, weil sie es können.

Was ist eigentlich die gültige Realität bei dem Angriff auf den Markt in Donezk? Die «Realität» vom 13. Juni, die jeder kennt, oder die Realität vom 16. Juni, die irgendwo im Tagesschau-Blog versteckt ist? Da weiss ja selbst der härteste Regime-Anhänger nicht mehr, wie er lügen soll.

Quellen und Anmerkungen:

- (1) <https://www.nachdenkseiten.de/?p=84804>
- (2) <https://www.anti-spiegel.ru/2022/russland-beschiesst-donezk-fuer-wie-bloed-die-tagesschau-die-zuschauer-haelt/>
- (3) <https://youtu.be/uhYLIADGyTM?t=355>
- (4) <http://blauerbote.com/2022/06/14/presseanfrage-an-die-ard-tagesschau-zu-fake-news-zur-bombardierung-von-donezk/>
- (5) <https://blog.tagesschau.de/2022/06/16/fehler-in-der-tagesschau-am-13-juni-2022/>
- (6) <http://blauerbote.com/2022/05/13/der-ss-totenkopf/>
- (7) <https://www.newsweek.com/fact-check-was-russian-delegate-censored-sky-news-over-nazi-claims-1705761>
- (8) <https://archive.ph/6Dan9>
- (9) <https://www.youtube.com/watch?v=-oxwdbywtzQ>
- (10) <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-akw-saporischschja-105.html>

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-fake-news-einheitsfront>

Die Unterwerfung menschlicher Wirtschaftsbeziehungen unter politische Machtziele muss aufhören!

Hwludwig, Veröffentlicht am 15. August 2022



Manfred Kannenberg: Industriekaufmann, Ausbilder, Diplom-Volkswirt

Russland kaputtkriegen und dabei die Weltwirtschaft schädigen – Die neue bundesdeutsche Mission? Von Manfred Kannenberg

Die Instrumentalisierung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen für imperialistische Machtziele der politischen Staaten ist gegen die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschen und der Menschheit gerichtet. Das erleben wir gerade wieder unmittelbar. In der heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft arbeitet de facto keiner mehr für sich, sondern über die gesamte Erde hin jeder für andere und andere für ihn. Dieses hohe Gut des Austausches in wachsender menschlicher Gemeinsamkeit muss den zerstörerischen Eingriffen der politischen Macht-Psychopathen endlich dadurch entzogen werden, dass die Wirtschaft gegenüber dem Staat eine selbständige Stellung erhält, die Angelegenheit der Bürger selbst ist.

Der wirtschaftliche Austausch der Menschen ist von Natur aus friedlich. Indem die staatlichen Machthaber sich anmassen, durch wirtschaftliche Sanktionen gegen andere Länder in diesen friedlichen Prozess einzugreifen, machen sie ihn zum zerstörerischen Instrument des Krieges. Fallen wir ihnen endlich in den Arm! – Nachfolgend aktuelle Gedanken Manfred Kannenbergs zu diesem Thema. (hl)

Seit dem 27. Februar 2022, drei Tage nach Russlands Invasion in die Ukraine, befindet sich die vor 33 Jahren um die DDR erweiterte BRD im Krieg gegen die USSR, im Krieg der Worte, Krieg der Boykotte und Sanktionen gegen die eine Kriegspartei, Aufrüstung und Waffenlieferungen in das Krisengebiet Ukraine für die andere. – An diesem Tag rief der Kanzler eine neue «Zeitenwende» aus. «Rote Linien» gäbe es für die Politik seiner Regierung nicht, eines seiner Lieblingsworte, das er schon im Krieg gegen das Virus SarsCov2 bevorzugt verwendet hat. Seither wird die Bevölkerung auf Kriegsbegeisterung, Feindseligkeit gegen das russische Nachbarvolk und – angesichts der schon jetzt dramatischen Bumerang-Effekte der Embargos und Sanktionen auf die eigene Wirtschaft – auf bevorstehende Knappheit und Entbehrung eingeschworen – mit willfähriger Akklamation durch die propagandistisch vereinnahmte Medienlandschaft.

Die deutsche Aussenministerin, höchste Diplomatin im Lande, will Russland «ruinieren» und sorgt sich um die beginnende «Kriegsmüdigkeit» im Lande, und der Wirtschaftsminister will in Wild West-Manier bei den Sanktionen gegen Russland gerne nochmal «nachladen». Ein gespenstisches Szenario der einseitigen moralischen Verurteilung, verstockten Verweigerung jeglicher Diplomatie und Verhandlungsbereitschaft mit einem der grössten Handelspartner der BRD.

Die in jahrelanger Arbeit erstellte Erdgaspipeline Nord Stream 2 durch die Ostsee von Russland nach Rostock wurde von den USA-Machthabern von Anfang an politisch torpediert, und der Betrieb nun auf deren Geheiss von der deutschen Regierung nicht genehmigt.

Menetkel an der Wand: Ihre Entscheidungen kommen wie aus einer verhüllten Gefangenschaft. Wer sind die Fallensteller? Willentliche oder unbedachte Zerstörung der eigenen energieabhängigen Wirtschaft? NATO, EU-Bürokratie, USA und Waffenlobby geben den Takt vor für diese beispiellose politische, kulturelle und wirtschaftliche Selbstaufgabe Bundesdeutschlands.

Und wir – die Bevölkerung, der Souverän – schauen gebannt zu und halten wie gelähmt still: Mitverursacher und Zeugen einer Art Selbstentgleisung.

«Der Leib, der sich aus den Weltwirtschaftsinteressen gebildet hat, bedarf der Pflege seiner Seele. Man sollte nicht warten, bis die Seele von selbst erscheint. Sie ist da; denn jeder hat eine Seele. Aber sie will mit ihrer Wesenheit auch in die Deutungsart der Menschen übergehen, um wirksam zu werden», schrieb ein Sozialforscher 1921 am Vorabend einer grossen Weltwirtschaftskrise in einer schweizerischen Wochenschrift.¹

Der Weltwirtschafts-Organismus ist in zwei Jahrhunderten durch Tatsachen und Instinkt Wirklichkeit geworden: Alle arbeiten arbeitsteilig über die gesamte Erde hin füreinander. Aber das Bewusstsein und die Moralität dafür, sowie die daraus gesicherten, assoziativ gewollten Kooperationen und Organe als Lebensbedingung für das Ganze hinken hinterher.

Dies wird stattdessen nun in Grossmannssuchtgebärdnen, anachronistischen Nationalismen, ideologischen Verhärtungen torpediert. Deutschland als grosser Nutzniesser und Förderer der Weltwirtschaft ist über Nacht zu einer zerstörerischen Gefahr für sie geworden durch seinen Sanktions- und Boykottfanatismus und ein erkranktes, manipuliertes öffentliches Geistesleben. Die Zerstörungswut der derzeitigen deutschen Regierung im Sog der EU-Bürokratie und USA/NATO-Weisungen sucht ihresgleichen. Es raubt einem den Atem.

Eine florierende, wertschöpfende Weltwirtschaft ist die Lebens- und Kulturgrundlage der Völkergemeinschaft und gedeiht, wenn ihr struktureller, arbeitsteiliger Altruismus bewusst gewollt und gepflegt wird. Sie ist ein hohes Gut der Menschheit. Das Wahrheitsgefühl in der Völkergemeinschaft hierfür wächst. Der Goldgrund des Geistes der Gegenseitigkeit und des Vertrauens in die Arbeit Aller macht sich behutsam und nun immer stärker im Bewusstsein der Zeitgenossenschaft geltend, je brutaler und rücksichtloser von politisch Verantwortlichen an der Sanktions- und Eskalationsspirale gedreht wird. Dieses Wahrheitsgefühl wird sich Bahn brechen und den Zynismus der Kriegsparteien und ihrer Anheizer ablösen.

Der Kalte Krieg wurde 70 Jahre geschürt und brach dann zusammen. Als vor 33 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet und die Berliner Mauer weggeräumt wurde, waren das Früchte schmerzlicher Bewusstseinswandlungen und lichter Geistestaten. Manifestiert haben sie sich in solch friedlichen Chören wie «Schwerter zu Pflugscharen», «Wir sind das Volk», «Besonnenheit für unser Land» und «Keine Gewalt».

Werden im kommenden Herbst in diesem mitteleuropäischen Land wiederum solche klaren Einsichten, Worte und Taten das öffentliche Geschehen verändern und wenden wie: «Wir sind die Weltwirtschaft», «Wir arbeiten füreinander», «Faire und richtige Preise sind unser Fundament», «Wir haben Nordstream 2 geschaffen und wollen es geöffnet sehen»? –

1 R. Steiner: *Amerika und Deutschland* in Goetheanum v. 4. Sept. 1921

Nachbemerkung:

Man stelle sich vor, das Wirtschaftsleben stünde als eine relativ selbständige, selbstverwaltete Organisation dem staatlichen Rechtsleben gegenüber, das ihm einen rechtlichen Rahmen geben, aber nicht inhaltlich dirigierend hineinwirken könnte. Und ebenso sei das Geistes- und Kulturleben mit dem Bildungssystem aus dem staatlichen Rechtsleben herausgelöst und auf eigene Selbstverwaltungsfüsse der dort tätigen Fachleute gestellt. Dann ist der politische Rechtsstaat dem Wirtschafts- und dem Geistesleben nicht übergeordnet, sondern alle drei sind relativ selbständig und bewirken aus ihren unterschiedlichen Entfaltungsbedingungen heraus den sozialen Gesamtorganismus.*

Der politisch-rechtliche Staatsbereich könnte dann niemals von sich aus über einen Krieg oder kriegerische Massnahmen gegen einen anderen Staat bestimmen, schon gar nicht über das Mittel wirtschaftlicher Sanktionen. Zu solchen einschneidenden Entscheidungen, die fundamental das Leben aller betreffen, müssten selbstverständlich die Vertreter des selbständigen Wirtschaftsorganismus und des selbständigen Geisteslebens vorher ihre Zustimmung geben. Damit wäre allen Macht-Psychopathen, die heute menschheitsfeindlich in den alten Obrigkeitsstaaten ihr Unwesen treiben, vollständig der Boden entzogen.

(hl)*Vgl.: **Der Übergang von der Parteienoligarchie in die Diktatur**

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/08/15/die-unterwerfung-menschlicher-wirtschaftsbeziehungen-unter-politische-machtziele-muss-aufhoren/>

Henry Kissinger:

Die USA sind dafür verantwortlich, dass sie sich selbst an den Rand eines Krieges mit China und Russland gebracht haben

uncut-news.ch, August 17, 2022

Der 99-jährige ehemalige Aussenminister warnte davor, die Spannungen mit den beiden Mächten zu schüren. Dave DeCamp



Der ehemalige Aussenminister Henry Kissinger hat in einem am Freitag veröffentlichten Interview mit dem Wall Street Journal vor den Gefahren der US-Politik gegenüber Russland und China gewarnt.

«Wir befinden uns am Rande eines Krieges mit Russland und China in Fragen, die wir zum Teil selbst verursacht haben, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wie das Ganze enden wird oder wozu es führen soll», sagte Kissinger.

Der 99-jährige ehemalige Diplomat warnte davor, die Politik gegenüber Taiwan zu ändern, nachdem Washington seine Unterstützung für die Insel verstärkt und damit den Zorn Chinas auf sich gezogen habe. «Die Politik, die von beiden Parteien verfolgt wurde, hat die Entwicklung Taiwans zu einer autonomen demokratischen Einheit ermöglicht und den Frieden zwischen China und den USA 50 Jahre lang bewahrt», sagte er. «Man sollte daher sehr vorsichtig sein mit Massnahmen, die die grundlegende Struktur zu verändern scheinen.»

Kissinger hatte bereits im Mai für Schlagzeilen gesorgt, als er in einer Rede vor dem Weltwirtschaftsforum vorschlug, die Ukraine solle Territorium an Russland abtreten, um Frieden zu schaffen. Er sagte dem Journal, die USA hätten einen Fehler gemacht, als sie der Ukraine eine künftige NATO-Mitgliedschaft versprochen, eine Position, die er schon lange vertritt.

Polen und andere «traditionelle westliche Länder» seien logische NATO-Mitglieder, aber die Ukraine sei anders, weil viele ihrer Gebiete historisch gesehen russisch seien. «Ich war für die volle Unabhängigkeit der Ukraine, aber ich war der Meinung, dass sie am besten eine Rolle wie Finnland spielen sollte», sagte er.

Kissingers allgemeine Botschaft war, dass die USA akzeptieren müssen, dass in der Welt ein «Gleichgewicht» herrschen muss. Er sagte, ein Aspekt des Gleichgewichts erfordere ein «Gleichgewicht der Kräfte, mit einer Akzeptanz der Legitimität von manchmal gegensätzlichen Werten».

Kissinger ist vor allem dafür bekannt, dass er als nationaler Sicherheitsberater von Präsident Richard Nixon die geheimen US-Bombardierungen von Kambodscha und Laos geleitet hat. Er spielte auch eine wichtige Rolle bei der Öffnung gegenüber China, indem er 1971 eine geheime Reise in das Land unternahm, ein Jahr bevor Nixon Mao Tsetung die Hand schüttelte.

QUELLE: HENRY KISSINGER ANTIKRIEG: US RESPONSIBLE FOR BRINGING ITSELF TO ‘EDGE’ OF WAR WITH CHINA AND RUSSIA ÜBERSETZUNG:

Quelle: <https://uncutnews.ch/henry-kissinger-die-usa-sind-dafuer-verantwortlich-dass-sie-sich-selbst-an-den-rand-eines-krieges-mit-china-und-russland-gebracht-haben/>

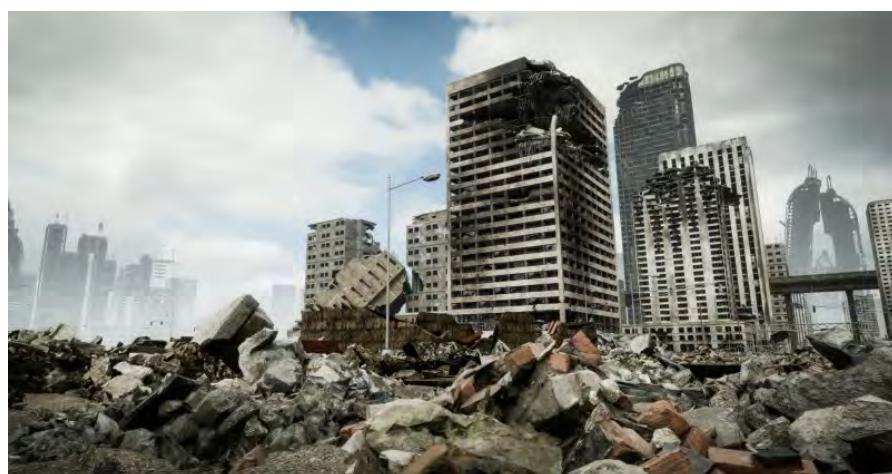
Nuklearkrieg zwischen den USA und Russland würde 5 Milliarden Menschen auslöschen

uncut-news.ch, August 16, 2022

Zwei Drittel der Weltbevölkerung würden verhungern.

Eine neue Studie hat ergeben, dass ein Atomkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Russland dazu führen würde, dass zwei Drittel der Menschen auf dem Planeten innerhalb von zwei Jahren verhungern würden.

Die düstere Prognose wurde in einer Modellierung der Rutgers University erläutert, die zu dem Ergebnis kam, dass 5 Milliarden Menschen umkommen würden, in erster Linie als Folge von Nukleardetonationen, die riesige Infernos verursachen, die Russ in die Atmosphäre injizieren, der die Sonne blockiert und die Ernten verwüstet.



«Selbst ein kleineres nukleares Scharmützel – etwa zwischen Indien und Pakistan – würde wahrscheinlich innerhalb von 24 Monaten zu 2,5 Milliarden Toten führen», berichtet der Telegraph.

Die Untersuchung ergab, dass im Falle einer umfassenden nuklearen Konfrontation zwischen den USA und Russland die Nahrungsmittelproduktion, gemessen am Gesamtkaloriengehalt, innerhalb von drei bis vier Jahren nach dem Konflikt um 90 Prozent zurückgehen würde.

Das Team stellte fest, dass das Ergebnis sogar noch schlimmer ausfallen könnte, da die Erwärmung der Stratosphäre, die die Ozonschicht zerstören und die ultraviolette Strahlung die Oberfläche des Planeten schädigen würde, nicht einmal berücksichtigt wurde.

«Die Daten sagen uns eines: Wir müssen verhindern, dass es jemals zu einem Atomkrieg kommt», sagte Alan Robock, Professor für Klimawissenschaften an der Fakultät für Umweltwissenschaften in Rutgers.

«Die Welt ist schon mehrmals kurz vor einem Atomkrieg gestanden. Ein Verbot von Atomwaffen ist die einzige langfristige Lösung», fügte er hinzu.

Wie wir im letzten Monat berichteten, hat die Katastrophenschutzbehörde der Stadt New York eine Informationsschrift herausgegeben, in der die Einwohner darüber informiert werden, was im Falle eines Atomangriffs zu tun ist – die erste ihrer Art seit den 1960er Jahren.

Eine nach dem Einmarsch in die Ukraine durchgeführte Umfrage ergab, dass acht von zehn Amerikanern befürchteten, Bidens Reaktion könnte zu einem Atomkrieg führen.

Etwa zur gleichen Zeit warnte UN-Chef Antonio Guterres, dass die Eskalation des Krieges in der Ukraine «ob zufällig oder absichtlich» die Existenz des Lebens auf der Erde bedrohe, und stellte fest, dass «die Aussicht auf einen Atomkonflikt, die einst undenkbar war, nun wieder in den Bereich des Möglichen gerückt ist».

Der Prognostiker für Investitionstrends BCA Research warnte ebenfalls, dass eine 10-prozentige Chance bestehe, dass es innerhalb der nächsten 12 Monate zu einem «civilisationsbeendenden globalen Atomkrieg» kommen werde – eine Vorhersage, die noch 7 Monate Gültigkeit hat.

QUELLE: NUCLEAR WAR BETWEEN US AND RUSSIA WOULD WIPE OUT 5 BILLION PEOPLE

Quelle: <https://uncutnews.ch/nuklearkrieg-zwischen-den-usa-und-russland-wuerde-5-milliarden-menschen-ausloeschen/>

Habecks faustdicke Lüge mit wahrem Kern

16. August 2022



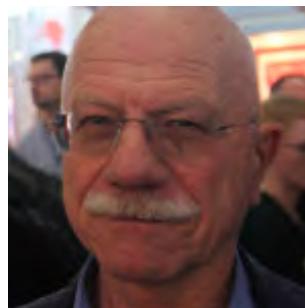
Der Lügenbaron aus Schleswig-Holstein will uns weismachen, die russische Seite habe die «künstliche Energieknappheit» verursacht und die «Gasumlage» würde den Zusammenbruch des deutschen Energiemarkts verhindern. Von WOLFGANG HÜBNER

Wenn Robert Habeck und sein Ministerium behaupten, die sogenannte «Gasumlage» sei eine notwendig gewordene Folge von «Putins völkerrechtswidrigem Angriffskrieg» und der «von russischer Seite verursachten künstlichen Energieknappheit», dann ist das eine faustdicke Lüge mit einem wahren, wenngleich ideologisch vernebelten Kern. Da sogar das Frankfurter Zentralorgan des deutschen Kapitals, sozialer Sentimentalitäten ganz unverdächtig, auf der heutigen Titelseite von der «Schnapsidee Gasumlage» schreibt, weil es selbstverständlich Alternativen zu dieser grossen Abzocke gibt, steht es offenbar nicht gut um den grünen Politiker. Der Lügenbaron aus Schleswig-Holstein will zudem dem Publikum weismachen, die «Gasumlage» habe den Zusammenbruch des deutschen Energiemarkts verhindert. Das ist nur noch absurd.

Und ebenso absurd ist Habecks Behauptung, die russische Seite habe die «künstliche Energieknappheit» verursacht. Wenn irgendjemand verantwortlich ist für Energieknappheit in Deutschland, dann sind die Grünen mitsamt ihren Wählern mit an vorderster Stelle zu nennen. Die dümmste «Energiewende» der Welt war und ist eine Garantie für «Energieknappheit», sie ist geradezu diabolisch auch beabsichtigt. Auf die völlige Verblödung der Deutschen dank transatlantischer Dauerpropaganda setzt Habeck mit seiner Beschuldigung der russischen Seite: Russland führt bekanntlich keinen «Angriffskrieg» gegen Deutschland, sondern Deutschland hat mit anderen Nationen, den USA an der Spitze, Russland den totalen Wirtschaftskrieg mit dem Ziel erklärt, Moskau in die Knie zu zwingen und Putin zu «ruinieren».

Was nun den wahren Kern an Habecks Behauptung betrifft, handelt es sich bei diesem um die Tatsache, wie untrennbar die «Gasumlage» mit der westlichen Aggressionspolitik gegenüber Russland zusammenhängt. Denn hätte sich Deutschland dem amerikanischen (und grünen!) Diktat widersetzt, auf die Öffnung der russischen Gaslieferungen über Nord Stream 2 zu verzichten, gäbe es weder Energiemangel noch die unsoziale Belastung durch die «Gasumlage». Der Ursprung allen Übels ist die Ukraine-Politik der Biden-USA, der NATO, der EU sowie der Berliner Ampel-Regierung von Scholz und Habeck.

Es muss deshalb noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Wer aus Gründen der Solidarität mit Kiew für Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine ist, der ist folglich mitverantwortlich für alle Lasten, die aus dieser Solidarität resultieren. Zwar gibt es durchaus systeminterne Alternativen zur «Gasumlage». Doch bräuchte es keinerlei Diskussionen um diese oder irgendeine alternative Abzockerei der Bürger geben, wenn den deutschen Interessen und Bedürfnissen vor und nach dem 24. Februar Vorrang vor ausländischen Machtstrategien gegolten hätte. Wer das bestreitet, hat Gründe, aber keine guten.



Wolfgang Hübner.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der «Bürger für Frankfurt» (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen Telegram-Kanal erreichbar.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2022/08/habecks-faustdicke-luege-mit-wahrem-kern/>

Dimitri Medwedew, ehemaliger russischer Präsident: Die Soziologie der Massen vs. die Politik der Idioten: Wer ist wer?

uncut-news.ch, August 21, 2022

«Die Regierungen der europäischen Staaten, insbesondere die verarmten Balten, die tollwütigen Polen und die der NATO hinterherlaufenden Finnen, wetteifern darum, wer wütender über ihren Wunsch spricht, alle Beziehungen zu Russland abzubrechen. Wörtlich: Wir verachten die Russen und wollen sie nirgendwo hingehen lassen. Visa stornieren. Bücher vergessen. Gemälde nicht mehr anschauen. Musik nicht mehr anhören. Gas und Öl werden wir nicht nehmen. Obwohl nein ... Letzteres ist schwieriger, insbesondere in Erwartung eines kalten Winters. Aber im Moment versuchen alle europäischen Politiker, im Einklang zu bleiben – keine Verbindungen zu den Russen. Ab sofort und für immer!»

Aber die normalen Bürger haben, nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen zu urteilen, den gesunden Menschenverstand nicht verloren. Mehr als die Hälfte der Einwohner der EU-Staaten ist überhaupt nicht daran interessiert, die Kontakte zu Russland abzubrechen. Sie wollen eine vollwertige Beziehung, wie es vorher war. Normale persönliche Kontakte, russische Energieressourcen in ihren Heizkesseln, unseren Markt für ihre Waren, erfolgreichen Handel, unsere Touristen in ihren Museen und Cafés.



Natürlich wurden sie einer schlechten Gehirnwäsche unterzogen. Aber der Druck der Fäkalien in der Propaganda-Kanalisation hat eine Grenze. Das öffentliche Bewusstsein beginnt, im Sumpf der zynischen Lügen zu ersticken, die in einem fauligen Strom über die Köpfe müder Europäer strömen. Denn, wie Orwell sagt, ist die Kälte in den Heizkörpern die Wärme der europäischen Solidarität und der Preisanstieg in den Lebensmittelgeschäften ist der Mindestpreis für die Erhaltung der europäischen Demokratie, die in der Umarmung des russischen Bären erstickt kann.

Drei Viertel bis 90 Prozent der EU-Bürger wollen sich grundsätzlich nicht an Kampfhandlungen auf Seiten des Kiewer Regimes beteiligen. Obwohl dies nach der soziologischen Umfrage von debilen europäischen Politikern immer noch nicht ausgeschlossen wird. Und die antirussischen Sanktionen werden (auch laut Umfragen) von mehr als der Hälfte, in einigen Ländern sogar von zwei Dritteln der Bürger nicht unterstützt. Dies gilt umso mehr, wenn die Unterstützung ausschließlich auf eigene Kosten erfolgt. Und all dieser Unsinn – von Einsparungen bei der Einäscherung von Leichen bis hin zum Waschen von Toilettenpapier – dient dazu, ein fernes «hinterwäldlerisches Russland» zu bestrafen, das mit seiner Operation in der Ukraine keinem einzigen EU-Bürger geschadet hat. Und der Durchschnittsbürger beginnt sich endlich zu fragen: Warum soll er für die Sünden anderer bezahlen?

Natürlich wollen wir friedliche Zusammenarbeit, Handel, Austausch und andere Dinge, die für alle normal sind. Wir verschliessen uns niemandem, wir unterstützen jeden vernünftigen Vorschlag.

Wir würden uns jedoch wünschen, dass die europäischen Bürger ihre Unzufriedenheit mit den Handlungen ihrer Regierungen nicht nur stillschweigend zum Ausdruck bringen, sondern sich auch deutlicher artikulieren. Zum Beispiel, indem man sie für ihre offensichtliche Dummheit zur Rechenschaft zieht und sie bestraft. Vor allem, wenn der «Preis der europäischen Demokratie» Kälte in den Wohnungen und leere Regale in den Kühlchränken sind, ist diese «Demokratie» etwas für Verrückte. Aus diesem Grund sind in Europa innerhalb kurzer Zeit bereits vier Minister zurückgetreten. Gut, dass wir sie los sind. Und dies ist eindeutig nicht das Ende. Die Stimmen der Wähler sind selbst für die hartgesottensten Politiker ein mächtiges Druckmittel. Also handelt, europäische Nachbarn! Schweigen Sie nicht. Ziehen Sie Ihre Idioten zur Rechenschaft. Und wir werden Sie hören. Der Vorteil liegt auf der Hand – in der Gesellschaft Russlands ist es im Winter viel wärmer und gemütlicher als in der stolzen Einsamkeit mit ausgeschaltetem Gasherd und kalter Heizung.»

QUELLE: ДМИТРИЙ МЕДВЕДЕВ

ÜBERSETZUNG: QLOBAL-CHANGE

Quelle: <https://uncutnews.ch/dimitri-medwedew-ehemaliger-russischer-praesident-die-soziologie-der-massen-vs-die-politik-der-idioten-wer-ist-wer/>

Der Werte-Westen sucht dringend Sündenböcke

20. August 2022 Peter A. Weber Gesellschaft, Hintergrund, Meinung, Politik 15

Dieser Beitrag stammt von Rachel Marsden und trägt den Titel «Extremisten überall: Der Westen braucht Sündenböcke für seine selbstzerstörerische Politik». Eine Einführung:

«Das westliche Establishment versucht verzweifelt, die Verantwortung für die drohende Katastrophe einer Energiekrise, gekoppelt mit einer Sozialmisere, abzuwälzen, die ausschließlich von ihnen selbst verursacht wurde. Entweder sieht man die Schuld bei Putin oder bei den eigenen Bürgern.»

Rachel Marsden ist eine Kolumnistin, politische Strategin und Moderatorin eines unabhängig produzierten französischsprachigen Programms, das auf Sputnik France ausgestrahlt wird.



Schuldige für das eigene Versagen gesucht

Es werden Sündenböcke gesucht, wie immer, wenn das Establishment aufgrund totaler Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen scheitert. Das Narrativ von der Alleinschuld Russlands am Ukrainekrieg, an den Energieversorgungsproblemen, der Inflation, des wirtschaftlichen Niedergangs sowie des Absturzes des gewohnten Wohlstands beginnt zu bröckeln. Bei den Bürgern kommen Zweifel auf wegen der Redlichkeit der Argumente. Aber wenn die Rechtfertigungen nicht mehr ziehen und die Menschen auf die Barrikaden gehen wollen, dann sind andere Register zu ziehen. Dann sucht man sich eben neue – oder schon aus der Coronakrise in Misskredit geratene aufmüpfige Bürger als Sündenbock aus. Die Sprecherin des Bundesinnenministerium, Britta Beylage-Haarmann, machte deutlich, wie ausgeprägt das Demokratieverständnis in der deutschen Regierung ist:

«Wir können davon ausgehen, dass die Populisten und Extremisten wieder versuchen werden, Proteste für ihre Zwecke zu missbrauchen.»

«Extremistische Akteure und Gruppierungen in Deutschland können zu einer Zunahme der Gefahrenlage führen, wenn entsprechende gesellschaftliche Krisenbedingungen dies zulassen.»

Das sind rein willkürliche Feststellungen, die eher auf ein autoritäres System zugeschnitten sind.

Einsatz der Bundeswehr im Innern

Es ist doch kein Geheimnis, dass mittlerweile die gesetzlichen Grundlagen für einen Einsatz der Bundeswehr im Innern längst geschaffen sind. Wenn die Bürger nicht mehr parieren, dann werden sie eben niedergeknüppelt. Wenn dem repressiven Staat keine sinnvollen Argumente mehr einfallen, dann bildet er künstliche Wortgespinste und Zuordnungen wie Populisten oder Extremisten, die angeblich eine Gefahr für die Demokratie und die Verfassung seien. Die dazugehörigen «entsprechenden gesellschaftlichen Krisenbedingungen» unterliegen selbstredend der freien manipulativen Einschätzung. Der Missbrauch der staatlichen Institutionen, mit Blick auf die grundgesetzlich garantierten Freiheiten der Bürger, wird unterschlagen. Der Staat befindet sich auf geradem Weg zum Terrorstaat und in den Faschismus!

Die Einbindung der Polizei in die autoritären Strukturen

Ich habe einen Link beigefügt, der ein Interview mit einem ehemaligen Berliner Polizisten enthält. Der Titel des Buches lautet: Berliner Polizist: «Ich mach' da nicht mehr mit», der die Gründe für seinen Ausstieg aus der Polizei erklärt. Nach 27 Einsatzjahren bei der Polizei Berlin hat Martin Schmidt (Name von der Redaktion anonymisiert) genug. Im Interview rechnet der Polizeibeamte im gehobenen Dienst mit einem System ab, das sich über das Gesetz stellt und Demonstrationen gewaltsam verhindert.

Ratschlag dieses Aussteigers an die Bürger:

«Macht weiter, trotz der Polizeigewalt. Bleibt friedlich, aber bestimmt. Lasst Euch nicht auseinanderdrängen, sondern bleibt in Gruppen dicht beisammen. Weicht nicht zurück. Dokumentiert Übergriffe und bringt sie zur Anzeige. Sammelt Kontaktdaten von den Zeugen und vernetzt Euch. Die dezentralen Spaziergänge sind eine gute Strategie. Auch Flashmobs rund um die Uhr, in jeder Stadt sind sinnvoll. Macht Euch schlau über Eure Rechte und Pflichten im Versammlungsrecht, organisiert Seminare mit rechtlich geschulten Vortragenden. Gebt den immer wieder auftauchenden Anhängern von Verschwörungstheorien keine Bühne. Einigt Euch auf einen kleinen, aber wichtigen, gemeinsamen Nenner. Unternehmt gemeinsame Freizeitaktivitäten. Neben all dem politischen Engagement – vergesst nicht zu leben.»

Ratschlag dieses Aussteigers an die Bürger/In diesen Kontext passt eine Aussage von Scholz ganz hervorragend, die er anlässlich eines Auftritts in Neuruppin getätigt hat. Man beachte die Frage, die ein protestierender Bürger an Scholz gestellt hat:

«Wenn die Menschen wieder auf die Strasse gehen, werden Sie den Schiessbefehl erteilen?», fragte der Mann. «Wird die Polizei, die jetzt hier steht, gegen die Bevölkerung eingesetzt? Wir haben erlebt, wie haarscharf es hier war. Die Frage ist ernst gemeint.»

Die Reaktion von Scholz war typisch und ist als unverbindliche und sedierende Beschwichtigung zu verstehen:



«Niemand in diesem Land hat vor, dass auf Demonstranten geschossen wird, und wer solche Schauermärchen verbreitet, ist ein schlimmer Propagandist, wenn ich das einmal ganz deutlich sagen darf.» Das erinnert frappierend an die Aussage des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht: «Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten.» Ehrlich gesagt – auf die Zusicherung des Scholzomaten kann man einen lassen. Denn die gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern liegen doch längst in der Schublade. Und im Ernstfall werden die Neofaschisten auch friedliche Demonstranten, die eine andere Meinung als die regierungsmäßliche vertreten, niedergeknüppelt, beschossen und im Extremfall auch mit Panzern bekämpft werden. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Wenn man die Zeichen deutet, dann haben sie reichlich vorgesorgt. Der Boden ist längst bereitet. Alle unbehaglichen Kritiker sind von vornherein als (Rechts-) Radikale, Querdenker, Delegitimierer des Staates, als Verfassungs- und Demokratiefeinde auf dem langen «Mitti-Zettel» des Systems gelistet. Diese unhaltbaren Scheinargumente benötigt man für ein gewaltsames Vorgehen des Staates gegen alle, die anderer Meinung sind. Wer glaubt das noch dem notorischen Lügner und potentiell dementen Scholz? Im Ernstfall wird er sich wie immer an nichts mehr erinnern können! Wetten, dass es so kommt?

Zitate:

Und wer ist an all dem schuld? Das sollte doch offensichtlich sein, oder etwa nicht? Die westlichen Regierungen schneiden sich von ihrer bisherigen Energiequelle ab, um Geopolitik zu betreiben, indem sie die Ukraine in ihre Überlegungen einbeziehen – aber die Schuld sehen sie eindeutig bei Russland. Das haben sie so gesagt und das ist es, worauf sie sich eingeschossen haben. «Putins neue Gasverknappung zwingt Europa in eine Rezession und in einen Winter mit harten Rationierungen», lautete eine Schlagzeile des amerikanischen Nachrichtensenders CNBC. US-Präsident Joe Biden bezeichnete die Erhöhungen bei den Verbraucherpreisen kurzerhand als «Putins Steuern auf Lebensmittel und Gas». Doch die westlichen Regierungen haben sich diese Probleme selbst – und vor allem ihren Bürgern – «für die Ukraine» an den Hals gebunden.

Im Zweifel ist es der unartige Bürger ...

«Das Problem für die westlichen Regierungen ist jedoch, dass immer weniger ihrer Bürger ihnen diese Begründungen abzukaufen scheinen. Laut einer kürzlich durchgeföhrten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Rasmussen, schreiben in den USA nur elf Prozent der Befragten Putin die Schuld für die Wirtschaftskrise zu, während 52 Prozent die Politik von Joe Biden dafür verantwortlich machen. Jetzt gibt es Anzeichen dafür, dass ein neuer Sündenbock aufgebaut wird, der ersatzweise herhalten muss. Und dieser Sündenbock sind die «Populisten».»

«Es ist eine beunruhigende Tatsache, wenn westliche Offizielle versuchen, gewöhnliche Bürger als «Extremisten» abzustempeln, die sich einer radikalen Politik widersetzen – einschliesslich des Beharrens ihrer Regierungen, die Frage der Energieversorgung mit der Frage der Ukraine zu verknüpfen –, während es in Wahrheit die Positionen der Regierungen sind, die immer radikaler werden.»

«Der offizielle Westen hat in der Vergangenheit konzertierte Anstrengungen unternommen, um jede Opposition gegen seine Pläne zu diskreditieren, indem er den Widerstand aus Teilen der Bevölkerung als etwas darstellte, das in den Katakomben des Kremls gebraut wurde. Und jetzt, während der offizielle Westen darauf beharrt, sozialen, wirtschaftlichen und industriellen Schaden als politische Angelegenheit zu behandeln und Chaos am Horizont aufziehen sieht, bereitet man sich darauf vor, den Unmut aus der Bevölkerung als illegitim zu verunglimpfen.»

«Das westliche Establishment versucht verzweifelt, die Verantwortung für eine drohende Katastrophe abzuwälzen, die ausschliesslich von ihm selbst verursacht wurde – entweder auf Putin oder auf ihre eigenen Bürger.»

Links

<https://pressefreiheit.rtde.tech/meinung/extremisten-uberall-westen-braucht-sundenbocke/>

<https://www.vierte.online/2022/08/16/berliner-polizist-ich-mach-da-nicht-mehr-mit/>

Quelle: <https://qpress.de/2022/08/20/der-werte-westen-sucht-dringend-suendenboecke/>

Die totalitäre Sprache des «Demokraten» Karl Lauterbach

Hwludwig, Veröffentlicht am 22. August 2022

Die Sprache verrät sie, die kleinen miesen Tyrannen der neuen deutschen Diktatur, deren nie überwundene obrigkeitstaatliche Gesinnung sich jetzt in eine totalitäre Gesundheits-Zwangsherrschaft gesteigert hat. Was der «Krankheitsminister» Karl Lauterbach Anfang August als «klare Ansage» zur vierten Corona-Impfung für alle Altersgruppen gefordert hat, ist nicht das Entscheidende. Es reiht sich an viele irre Ergüsse aus seinem Mund, die von keinem Gefühl für die demokratische Freiheit und Selbstverantwortung des Menschen

durchdrungen sind. Worauf es ankommt, ist die verräterische Sprache solcher politischen Typen, die im Brustton der Überzeugung eine totalitäre Gewaltherrschaft durchführen.



Erinnern wir uns, dass der Impf-Fanatiker Karl Lauterbach mit aller Macht im Bundestag die allgemeine Impfpflicht für alle durchdrücken wollte, was ihm noch nicht ganz gelungen ist. Er ist also der Auffassung, dass der Staat das Recht und die Pflicht habe, den Bürgern – und ihren Ärzten – ganz bestimmte medizinische Massnahmen gegen eine Krankheit vorzuschreiben und diese notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Es ist bis jetzt dabei geblieben indirekten Zwang auszuüben, indem die Ungeimpften auf allen Ebenen sozial ausgegrenzt und benachteiligt werden, um sie dadurch zur Impfung zu nötigen. Wie fundamentale demokratische Grundrechte des Grundgesetzes, die Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat sind, totalitär ausser Kraft gesetzt wurden, soll hier nicht erneut untersucht werden.¹

Klare Ansage

Lauterbach arbeitet weiter. Er hat jüngst in der Ampel-Koalition erreicht, dass der neue Änderungs-Entwurf des Infektionsschutz-Gesetzes ab 1. Oktober für weite Teile der Bevölkerung eine vierte Impfung vorsieht, sonst müssten vielfach Masken getragen werden.

Da die Ständige Impfkommission (Stiko) bislang nur Menschen ab 70 Jahren sowie Risikogruppen eine vierte Corona-Impfung empfiehlt, setzte er, um diese Lücke zu schliessen, am 7. August gegenüber der Funke-Mediengruppe nach und forderte:

«Natürlich wollen auch die Jüngerer wissen, was sie denn nun machen sollen. Wir brauchen jetzt klare Empfehlungen für alle Altersgruppen. Wir sollten nicht nur sagen, was die über 70-Jährigen machen sollen. Wir müssen auch eine Antwort für den 40-Jährigen haben. Man braucht für jedes Alter eine Botschaft. Spätestens, wenn die neuen Impfstoffe da sind, sollte es klare Ansagen auch für die unter 60-Jährigen geben.»²

Die Jüngerer, unter 70-Jährigen, «wollen auch wissen, was sie denn nun machen sollen. Man braucht für jedes Alter eine Botschaft.» Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Danach sind für Lauterbach die Menschen prinzipiell nicht imstande, aus eigener Erkenntnis zu entscheiden, was für sie gesundheitlich richtig ist. Sie sind unmündig, sie brauchen «klare Ansagen» der staatlich-medizinischen Autoritäten – auch als «Empfehlungen», als «Botschaft» kaschiert –, die ihnen klar vorgeben, was sie zu befolgen haben.

Halten wir inne, uns klar zu machen, was das eigentlich bedeutet. Alle vorstaatlich geltenden Grundrechte des Grundgesetzes sind abgeleitet von der «unantastbaren Würde des Menschen» des Artikels 1.

Die Würde des Menschen besteht nach übereinstimmender Interpretation führender Staatsrechtler darin, dass der Mensch als geistig-sittliches Wesen von Natur darauf angelegt ist, in Selbstbewusstsein und Freiheit aus eigener Erkenntnis sein Handeln selbst bestimmen und darin seine Persönlichkeit entfalten zu können. Das ist die fundamentale seelisch-geistige Grundlegung eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens.

Darin ist auch die Gleichheit aller Menschen vor dem Recht begründet. Jeder Anspruch eines der Gleichen, den anderen ihr Denken und Handeln inhaltlich vorzuschreiben, ist die hohle Anmassung, ihnen nicht gleich, sondern geistig übergeordnet zu sein.

Typen wie Karl Lauterbach sind die grössten Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes – und das als Angehörige einer sogenannten demokratischen Regierung. Es ist eigentlich ungeheuerlich.

Von solchen kleinen miesen Diktatoren sich im Stil eines täuschungsreichen Pharmavertreters vorschreiben zu lassen, dass man sich mit einer bestimmten, als Impfstoff ausgegebenen Substanz spritzen lassen müsse, verbietet sich einem seiner Würde bewussten Menschen von vorneherein.

Und darauf kommt alles an: Sich seiner inneren menschlichen Würde stets bewusst zu sein.³ Lauterbach & Co. müssten durch den Verfassungsschutz sofort verhaftet werden, wenn es denn noch einen gäbe, der nicht zur parteipolitisch gesteuerten «Staatssicherheit 2.0» zum «Schutz der Regierung vor der Verfassung», verkommen wäre.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist durch den kalten Putsch einer Parteien-Oligarchie bereits in eine neue totalitäre Diktatur transformiert worden. Um ihre Wiedergewinnung geht es. Ja, es geht um die Zukunft des freien Menschen. Er soll in seiner inneren Würde zerstört und zur Kreatur, zum blossem Objekt einer totalitären Parteien-Clique gemacht werden.

Wann werden genügend Menschen in diesem Land wach, die bei solchen Worten wie denen von Lauterbach empört aufspringen, da in ihnen die Worte Friedrich Schillers aus seinem Freiheitsdrama «Wilhelm Tell» aufsteigen:

«Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht,
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last – greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel,
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.» –

1 Vgl. Es gibt keine Schutzpflicht ...; Da ist sie, ...

2 welt.de

3 Zur Vertiefung des Begriffes der inneren Würde sei sehr der Artikel empfohlen:

Selbst muss der Freie sich schaffen – Vom Beitrag Richards Wagner zur mitteleuropäischen Kultur

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/08/22/die-totalitare-sprache-des-demokraten-karl-lauterbach/#more-9870>

Abgeordnete im EU-Parlament: Wie lange können wir Bürger uns diese Regierung eigentlich noch leisten?

uncut-news.ch, August 22, 2022, Christine Anderson, MdEP (AfD)



Liebe Mitbürger,
vergangene Woche hatte ich über meine Social-Media-Kanäle bereits darüber berichtet, wie der politische mediale Komplex uns per Dauerbeschallung einzureden versucht, dass Corona und der Krieg in der Ukraine schuld daran seien, dass unsere Wirtschaft auf Talfahrt geht, während gleichzeitig die Energie- und Verbraucherpreise durch die Decke schiessen.

In Wahrheit sind es jedoch die völlig überzogenen Corona-Zwangsmassnahmen sowie das sture Festhalten der Regierung an wirkungslosen Sanktionen, die nicht viel bringen außer uns selbst zu schaden. Hinzu kommt noch eine jahrelange desaströse Geldpolitik der EZB, die schon vor Beginn des Ukraine-Konflikts zu Preisseigerungen und einem deutlichen Anstieg der Inflation führte.

Wenn jedoch gleichzeitig zu diesen Entwicklungen internationale Energieunternehmen wie Shell, Total oder Eni alleine im zweiten Quartal 2022 riesige Milliardengewinne einfahren, dann stimmt etwas nicht mit der Geschichte, die uns Politik und Medien einzureden versuchen. Es riecht vielmehr nach einer grossangelegten Abzocke der Bürger und Steuerzahler. [1]

Passend dazu meldete sich vor einigen Tagen der REWE-Einkaufschef Hans-Jürgen Moog in einem Interview zu Wort und wirft dabei den Herstellern von Lebensmitteln Preistreiberei vor. Wörtlich sagt er: «Es ist die Regel, dass der deutsche Konsument von den Konzernen als Erster und am stärksten abkassiert werden soll. Die Hersteller sagen ganz offen: Der deutsche Kunde gibt das her.»

Der Manager nennt als Beispiel einen Hersteller, der in Frankreich eine Preiserhöhung um sechs Prozent vorsehe, während es in Deutschland knapp 30 Prozent seien. «Obwohl die gleichen Rohstoffe genutzt wer-

den und die Produkte aus denselben Produktionsstätten stammen», so Moog. Die REWE Group (Penny, REWE, Nahkauf) habe einen guten Einblick in die europäischen Märkte und damit auch in die Preisgestaltung. [2]

Ich möchte Herrn Moog an dieser Stelle ausdrücklich für seinen Mut danken, dass er sich gerade in Anbetracht seiner exponierten beruflichen Stellung soweit aus der Deckung wagt und offen ausspricht, was wir Bürger schon lange vermuten.

Egal wo man hinschaut, es ist letztlich immer dasselbe: Die Regierung und das politische Establishment verzapfen (absichtlich oder aus Dummheit) eine Katastrophe nach der anderen, während die Mainstream-Medien weitestgehend die passende Hofberichterstattung dazu liefern, um den Bürgern weiter Sand in die Augen streuen.

Und so haben sich denn auch die Bundesregierung und der angeschlagene deutsche Energiekonzern Uniper unlängst auf ein milliardenschweres Rettungspaket geeinigt. Die Zeche dafür zahlen natürlich wieder ausschliesslich wir, die Bürger. Mal ganz nebenbei: Haben wir eigentlich jemals ein paar Euro zurückbekommen, als die Geschäfte noch gut liefen?

Pikantes Detail dieses Arrangements: Uniper ist seit März 2020 im Mehrheitsbesitz der finnischen Aktiengesellschaft Fortum. Und wissen Sie wer dort im Aufsichtsrat sitzt?

Philipp Rösler – ehemaliger Bundesgesundheitsminister und EX-Bundeswirtschaftsminister der FDP!

Und es kommt noch besser: Rösler war von 2014 bis 2017 Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des World Economic Forum (WEF)! [3]

Ich denke, spätestens an dieser Stelle können wir abbrechen und brauchen keine weiteren Fragen mehr zu stellen.

Gar keine? Doch! Noch eine letzte Frage steht zur Beantwortung offen:

Wie lange können wir Bürger uns diese Regierung eigentlich noch leisten?

Ich fürchte, uns steht schon bald trotz kalter Wohnungen, Stromabschaltungen und finanzieller Eiszeit spätestens mit Rückkehr der Corona-Zwangsmassnahmen ein heisser Herbst und Winter ins Haus.

Aber eines ist genauso sicher: Wir werden standhalten und die verantwortlichen Akteure zur Rechenschaft ziehen. Denn die nächste Wahl kommt bestimmt. Und in der Zwischenzeit wird die Strasse der Ort sein, an dem die Politik uns hören wird! Ob sie das will oder nicht!

Es grüsst Sie herzlich,

Ihre Christine Anderson, MdEP (AfD)

QUELLE: CHRISTINE ANDERSON, MDEP(AFD)

Quelle: <https://uncutnews.ch/abgeordnete-im-eu-parlament-wie-lange-koennen-wir-buerger-uns-diese-regierung-eigentlich-noch-leisten/>

Warum unterstützt die deutsche Regierung den Nationalsozialismus?

uncut-news.ch, August 23, 2022, Von Paul Craig Roberts



Die Ungereimtheiten werden mit jedem Tag deutlicher und bleiben unbemerkt und unkommentiert.

Dann habe ich gelesen, dass ein Wachmann in Deutschland jemandem oder bei einer Gelegenheit einen Nazi-Gruss gezeigt hat, wahrscheinlich als Zeichen der Zustimmung, und dass er wegen eines Verbrechens verhaftet wurde. Deutschland ist so sehr unter der Knute der Israel-Lobby, dass die Deutschen keine unabhängige Existenz haben, zumal sie von Washington besetzt bleiben, was keine Möglichkeit der deutschen Souveränität zulässt.

In Deutschland ist ein Nazi-Gruss eine Straftat. Das Gleiche gilt für das Infragestellen der offiziellen Darstellung des Zweiten Weltkriegs, die auch den Holocaust einschliesst. Ein deutscher Gelehrter, egal, wie angesehen, er ist oder wie viele Beweise er hat, wird zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, wenn er Zweifel an einem Aspekt der Holocaust-Erzählung äussert. Deutschen Historikern ist es nicht einmal erlaubt, darauf hinzuweisen, dass der Zweite Weltkrieg begann, weil England und Frankreich Deutschland den Krieg erklärt hatten. Die einfachen, grundlegenden Fakten über den Ursprung des Krieges können von deutschen Historikern nicht rechtlich anerkannt werden. Die Wahrheit wird als Nazi-Apologetik betrachtet.

Wenn die Nazis so diskreditiert sind, dass jeder Deutsche bestraft wird, der auch nur eine Kleinigkeit zu Gunsten des Nationalsozialismus findet, wie z. B. Vollbeschäftigung, wie kommt es dann, dass die deutsche Regierung die Bandera-Nazis in der Ukraine unterstützt, die gegen die Russen im Donbass kämpfen, genau wie sie es im Zweiten Weltkrieg für Hitler getan haben?

Die Amerikaner, deren Interesse sich auf Fussball und Golfergebnisse beschränkt, wissen nicht, dass die Westukraine, der Teil, den Washington kontrolliert, für Hitler gegen ihr eigenes Land gekämpft hat. Die gleichen Elemente kämpfen jetzt für Washington gegen Russland. Warum verhaftet sich die deutsche Regierung nicht selbst, weil sie gegen deutsches Recht verstößt und mit ihren Waffensystemen und ihrer diplomatischen Unterstützung für die ukrainischen Nazis den Nazismus aktiv unterstützt?

Die Antwort ist, dass die deutsche Regierung nicht intelligent genug ist, um die Frage zu erkennen, geschweige denn zu beantworten, noch hat sie die Souveränität, etwas dagegen zu unternehmen. Deutschland ist eine gefangene Nation, und das schon seit 1945. In der Tat gibt es keine deutsche Regierung, und es hat seit Hitler keine deutsche Regierung mehr gegeben. Alle Regierungen seither sind Regierungen Washingtons. Nicht eine einzige von ihnen hat jemals deutsche Interessen anstelle von Washingtons Interessen vertreten. Gelegentlich machen sie einen Aufstand, aber nur, um mehr Geld aus Washington zu bekommen.

Wir sehen uns also mit dem Paradox konfrontiert, dass dieselbe deutsche Regierung, die Deutsche für alles bestraft, was als positive Bezugnahme auf Nazi-Deutschland ausgelegt werden kann, egal wie begrenzt, ob es sich um einen Gruss oder eine absolute Tatsache handelt, Deutschland zur Unterstützung ukrainischer Nazis verpflichtet, die Nazi-Insignien auf ihren Uniformen tragen. Die deutsche Regierung unterstützt die ukrainischen Nazis sogar so weit, dass sie ihnen Waffen im Wert von Milliarden Dollar zur Verfügung stellt, mit denen sie die antinazistischen Russen bekämpfen können.

Erwarten Sie nicht, dass die korrupten Huren, aus denen die deutschen Medien, die Medien Europas und die Medien der USA bestehen, diese aussergewöhnliche Inkongruenz bemerken.

Unstimmigkeiten sind ein Hauptmerkmal der westlichen Welt. In keiner Regierungs- oder Medienerklärung ist die Wahrheit zu finden. Die Realität ist dem Westen fremd, während die westliche Welt in völliger Ignoranz in den Tod marschiert.

Von Paul Craig Roberts: Er ist ein US-amerikanischer Ökonom und Publizist. Er war stellvertretender Finanzminister während der Regierung Reagan und ist als Mitbegründer des wirtschaftspolitischen Programms der Regierung Reagans bekannt.

QUELLE: WHY IS THE GERMAN GOVERNMENT SUPPORTING NAZISM?

Quelle: <https://uncutnews.ch/warum-unterstuetzt-die-deutsche-regierung-den-nationalsozialismus/>

So führen die USA in der Ukraine Krieg

23. August 2022, Autor: Christian Müller



Ein F-22 Raptor der U.S. Air Force, der dem 90. Fighter Squadron, Joint Base Elmendorf-Richardson, Alaska, zugeteilt ist, startet, nachdem er von einem KC-135 Stratotanker der U.S. Air Force über Polen aufgetankt wurde, 10. August 2022. (Foto U.S. Department of Defense)

Das US-amerikanische Verteidigungsministerium informierte am 19. August über den Umfang der neusten US-Militärhilfe an die Ukraine. Der Wert der jetzt zusätzlich bewilligten Waffen- und Munitionslieferungen beläuft sich auf rund 730 Millionen US-Dollars. Es ist das 19. Unterstützungspaket der USA seit dem Amtsantritt von Präsident Joe Biden. Der Gesamtwert der militärischen Unterstützung der Ukraine seit Joe Bidens Amtsantritt beläuft sich auf 10,6 Milliarden US-Dollar.

Geliefert werden sollen jetzt zusätzlich:

- Zusätzliche Munition für die High Mobility Artillery Rocket Systems, bekannt als HIMARS.
- 16 105-mm-Haubitzen sowie 36'000 Schuss für die Artillerie. (Das Vereinigte Königreich hat in der Vergangenheit bereits 105-mm-Haubitzen an die Ukraine geliefert.)
- 15 unbemannte Luftfahrtsysteme ScanEagle für die Aufklärung.
- Minenräumsysteme, darunter 40 minengeschützte MaxxPro-Fahrzeuge mit Minenrollen, die es der Ukraine ermöglichen werden, von Russland stark verminten Gebiete im Süden und Osten zu neutralisieren.
- Zusätzliche Hochgeschwindigkeitsraketen zur Strahlenabwehr, so genannte HARM-Raketen, die in ukrainische Flugzeuge integriert werden können, um russische Radare aufzuspüren und zu zerstören.
- 1500 rohrgestützte, optisch verfolgbare, drahtgelenkte Panzerabwehraketen, die so genannten TOWs.
- 1000 Javelin-Panzerabwehrsysteme.
- 2000 Panzerabwehrgeschosse für bestehende Panzerabwehrsysteme, von denen viele bereits von Verbündeten und Partnern zur Verfügung gestellt wurden, wie z. B. die von Schweden entwickelte Carl-Gustaf-Waffe.
- Weitere Sicherheitsunterstützung umfasst 50 Humvees (High Mobility Multipurpose Wheeled Vehicle), taktische sichere Kommunikationssysteme, Sprengmunition, Nachtsichtgeräte, Wärmebildsysteme, Optiken und Laserentfernungsmesser.

Seit 2014 wurden der Ukraine mehr als 12,6 Milliarden Dollar an militärischer Unterstützung zur Verfügung gestellt.

«Das ist nicht das Ende. Wir werden uns weiterhin mit den Ukrainern beraten, um sicherzustellen, dass wir ihnen das geben, was sie brauchen, wenn sie es brauchen», sagte ein Beamter des Verteidigungsministeriums.

Und das ist immer noch keine Einmischung der NATO in den Krieg in der Ukraine? Die Differenz ist offensichtlich nur noch das Eine: Die Kriegsopfer (!) des US-amerikanischen Krieges mit Russland liefern nicht die USA, die liefert die Ukraine.

Zum Factsheet der neusten US-Waffenlieferung an die Ukraine hier anklicken. Zur Meldung des US-Verteidigungsministeriums hier anklicken.

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-fuehren-die-usa-in-der-ukraine-krieg/>

Das US-Militär wurde gerade benutzt, um einem Demenzkranken zu helfen, den 3. Weltkrieg zu beginnen

uncut-news.ch, August 8, 2022



Die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, hat Taiwan nach einem kurzen, aber diplomatisch ätzenden Besuch verlassen, dessen Nachwirkungen noch jahrelang zu spüren sein könnten.

Gegen Ende ihrer Rede an der Seite der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen erlitt Pelosis Gehirn eine der immer häufiger auftretenden Softwarepannen, die dazu führte, dass sie unartikuliert zu brabbeln begann.

Hier ist eine Abschrift dessen, was Nancy Pelosis Gehirn sagte:

«In unseren frühesten Tagen, bei der Gründung unseres Landes, sagte Benjamin Franklin, unser Präsident, Freiheit und Demokratie. Freiheit und Demokratie, das ist das eine, Sicherheit das andere. Wenn wir nicht beides haben, können wir keins von beidem haben.»

Natürlich war Benjamin Franklin weder ein Präsident der Vereinigten Staaten noch eine «Präsidentenschaft», und das Zitat, nach dem Nancys zappelndes Gehirn suchte, lautete: «Diejenigen, die wesentliche Freiheiten aufgeben würden, um ein wenig vorübergehende Sicherheit zu erkaufen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.» Das ist für jemanden mit funktionierenden grauen Zellen nicht schwer zu merken oder zu artikulieren.

Dies steht in einer Reihe mit anderen berühmten neuralen Fehlfunktionen der Rednerin, wie ihrem «Bernie liebt es, zuzuhören» Geschwafel vom letzten Jahr oder ihrem bizarren «Guten Morgen, Sonntagmorgen» Neustart mitten in einem Interview vor ein paar Jahren, und es erinnert an die beiläufige Bemerkung eines Apothekers in Washington im Jahr 2017, dass er einigen mächtigen Entscheidungsträgern auf dem Capitol Hill Rezepte zur Behandlung von Alzheimer ausgestellt habe.

All das wäre kein Problem, wenn es sich um eine kleine alte Dame handeln würde, die ihren Lebensabend in einem Altersheim in Florida verbringt. Aber das ist nicht der Fall; wir sprechen über einen der mächtigsten gewählten Beamten in der mächtigsten Regierung der Welt, der nach dem Vizepräsidenten an dritter Stelle in der Nachfolge des Präsidenten steht.

Noch wichtiger ist, dass es sich um jemanden handelt, der gerade an einem aufrührerischen Besuch in Taiwan teilgenommen hat, der für eine Escalation der gefährlichen Spannungen zwischen den grossen Weltmächten des Kalten Krieges gesorgt hat und möglicherweise einen heissen Krieg mit China hätte auslösen können.

US-Kriegsmaschinen, darunter Flugzeugträger und grosse Flugzeuge, wurden mobilisiert, um den Besuch von Pelosi vor ihrer Ankunft zu sichern. Das Militär der Vereinigten Staaten wurde buchstäblich eingesetzt, um einem Demenzkranken zu helfen, den Dritten Weltkrieg zu beginnen.

Chinas Reaktion auf Pelosis Provokation fiel glücklicherweise relativ massvoll aus, auch wenn Taiwan demnächst von der chinesischen Marine vollständig eingekreist werden wird – eine Machtdemonstration, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen haben – und chinesische Sanktionen gegen den taiwanesischen Handel noch angekündigt werden. In Peking wird es politischen Druck geben, die Spannungen mit den USA zu verschärfen, um nicht als schwach dazustehen, und die Intensität des neuen kalten Krieges wurde sicherlich noch eine Stufe höhergeschraubt, aber wenn es um den heissen Krieg geht, scheinen die besseren Engel der Menschheit vorerst besiegt zu haben.

Nichts von alledem macht es akzeptabel, dass die mächtigste Regierung der Welt eine Politikerin schickt, der das Hirn aus den Ohren tropft, um unter dem Deckmantel ihrer Streitkräfte Feindseligkeiten zu schüren. Die Welt ist heute schlechter als vor der Landung von Pelosis Flugzeug. Sie ist weniger sicher, weniger wohlhabend, weniger freundlich und beängstigender. Nicht ein einziger gewöhnlicher Mensch hat von den wahnsinnigen Provokationen profitiert, die Pelosi in ihren letzten Jahren auf dieser Erde unternommen hat, schon gar nicht das Volk von Taiwan.

Das US-Imperium ist krank, und es spielt kranke Spiele mit unser aller Leben. Meiner Meinung nach kann sein Untergang nicht früh genug kommen.

QUELLE: THE US MILITARY WAS JUST USED TO HELP A DEMENTIA PATIENT TRY TO START WW3

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-us-militaer-wurde-gerade-benutzt-um-einem-demenzkranken-zu-helfen-den-3-weltkrieg-zu-beginnen/>



Quelle: [twitter.com](https://twitter.com/manaf12hassan/status/1690844811111044800)

Overpopulation quotes

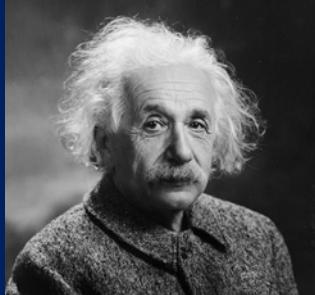


Jane Goodall

"It's our population growth that underlies just about every single one of the problems that we've inflicted on the planet."

Jane Fonda

"By something like 2045 there will be 10 billion people on the planet - or more! I'm scared."



Albert Einstein

"Overpopulation in various countries has become a serious threat to the well-being of many people."



David Attenborough

"All our environmental problems become easier to solve with fewer people and harder to solve with ever more people."



Cameron Diaz

"We don't need any more kids. We have plenty of people on this planet."



Stephen Hawking

"If it continued at this rate, with the population doubling every 40 years, by 2600 we would all be standing literally shoulder to shoulder."

Helen Keller

"Once it was necessary that the people should multiply and be fruitful if the race was to survive. But now to preserve the race it is necessary that people hold back the power of propagation."



Morgan Freeman

"Imagine how much pollution would be in the air and the oceans if there were only two billion people putting it in? So yeah, we're already overpopulated."



Queen Elizabeth II

"There can be no long-term stability when the rate of population growth exceeds the rate of job creation."



Jacques Cousteau

"Overconsumption and overpopulation underlie every environmental problem we face today."

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300X300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org

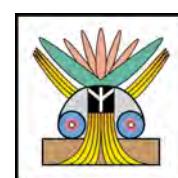


© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy